

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheftene Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 162.

Freitag, den 13. Juli 1917.

24. Jahrg.

## Das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Krone und Staatsministerium haben das Versprechen gegeben, daß die nächsten Wahlen in Preußen unter dem gleichen Wahlrecht stattfinden werden. Damit ist der Wahlrechtskampf in Preußen, den die Demokratie seit mehr als einem Jahrzehnt führt, auf der wichtigsten Vorstufe des Erfolges angelangt. Die gegenwärtige Verfassungskrise im Reich hat die „Kölnische Zeitung“ dieser Tage als glänzenden Triumph der Scheidemann-Taktik bezeichnet. Wir dürfen die Ankündigung, daß die Wahlrechtsvorlage in Preußen das gleiche Wahlrecht bringen wird, getrost als den größten bisher in Deutschland erfochtenen Sieg der deutschen Sozialdemokratie begrüßen. Die Genugtuung darüber soll uns auch die Sauretopfigkeit derer, denen keine Reform etwas bedeutet, so lange der jetzige Kanzler im Amt bleibt, nicht tören.

Planmäßig fortschreitend hat der Feldzug des Volkes gegen das Dreiklassen-Wahlrecht seinen Vortritt genommen. Der 20. Oktober 1908 brachte die erste Ankündigung einer Wahlreform — die Thronrede sprach von der „organischen Fortbildung“ des Dreiklassen-Wahlrechts. Der auf diesen Grundsatze aufgebaute Wahlrechtsentwurf des Jahres 1910 ist gescheitert. Einen großen Schritt weiter tat dann die Osterbotschaft, welche das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen verheißt und die Feststellung traf, daß nach diesem Kriege für Klassenwahlrechte kein Raum mehr sei. Der vom preussischen Ministerpräsidenten gegengezeichnete Erlaß des Königs von Preußen vom 11. Juli bringt endlich auch das gleiche Wahlrecht als Regierungsprogramm, und die Staatsleitung ist somit für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gewonnen. Nun werden sich auch die übrigen Bundesstaaten der Einführung des Reichstagswahlrechts zu ihren Landtagen nicht mehr entziehen können.

Die Kanzlerstürzerpresse, die sich bisher mit Händen und Füßen gegen alle Reformen während des Krieges gestäubt hat, tadelt jetzt Bethmann, weil nicht sofort in der Osterbotschaft ausdrücklich das gleiche Wahlrecht verheißt worden ist. Scheidemann hat gelegentlich mitgeteilt, daß es ursprünglich darin gestanden habe; das ist dementiert worden, aber trotzdem richtig: wenigstens in einem nicht amtlichen Borentwurf war es enthalten. Nachträglich darüber zu rechten, ob es durch Bethmanns Schuld fortgeblieben ist, hat keinen Sinn. Offenbar unterschätzt man vielfach die gewaltige Größe der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, ehe das gleiche Wahlrecht in der preussischen Regierung durchgesetzt werden konnte. Man mag sie daran messen, daß

fünf preussische Minister,

Justizminister Dr. Beseler, Kultusminister Dr. Trott zu Solz, Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer, Eisenbahnminister v. Breitenbach und Innenminister v. Loebell,

als unverzöhnliche Gegner des gleichen Wahlrechts ihren Abschied genommen und erhalten haben.

Die konservativen Parteiminister scheiden aus der Regierung aus. Mit ihren Nachfolgern kann Bethmann unter dem wütenden Protestschrei der Rechten ein Ministerium bilden, das zur Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit allen Mitteln entschlossen ist.

Wo ein Wille ist, wird auch ein Weg sein. Man darf sich darüber nicht täuschen, daß noch immer die feindlichen Gewalten durch Einfluß und Entschlossenheit stark sind, aber eine feste Regierung — und die neue preussische Regierung will doch wohl fest sein? — wird sie niederwerfen können. Eine Sommertagung des Landtages haben die Mehrheitsparteien abgelehnt. Seit Tagen hat der konservative Führer in Preußen, Herr von Seydewitz, mit dem Zentrumsführer Dr. Borch und mit dem großen freikonservativen Intriganten Octavio Freiherr von Zeblich zusammengedockt, um sich wenigstens die Gnadenfrist bis zum 9. Oktober zu sichern, am welchem Tage der Landtag zur Herbstsession zusammenzutreten soll. Dann wird er den Entwurf zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und zur Umbildung des preussischen Herrenhauses vorfinden.

Wie aber, wenn der preussische Landtag die Vorlagen ablehnt oder verschleppt? Darüber sagt der Kaiserliche Erlaß nichts; es war auch nicht zu erwarten, daß man sich von vornherein auf die tatsächlichen Einzelheiten des Kampfes festlegte und durch Drohungen die Widerstände reizte. Sachlich aber darf hoffentlich wohl kein Zweifel darüber bleiben, daß die Regierung im Falle der Ablehnung ihrer Vorlage entschlossen ist, sofort an die Wähler in Preußen oder an den Reichstag zu appellieren. Ein anderer Weg bleibt ja nicht, wenn man nicht einen Staatsstreich machen will, der doch wohl erst nach Erschöpfung aller friedlichen Mittel für eine Regierung in Frage käme.

Herr von Bethmann wird jedenfalls sofort Klarheit darüber schaffen müssen, daß sein Ministerium und darüber hinaus die Krone Preußens nunmehr entschlossen sind, das gleiche Wahlrecht unter allen Umständen auch wirklich durchzusetzen. Wir sind nicht übermäßig besorgt darum, wie das geschieht. Wenn die Wahl-

rechtsbewegung stark genug war, die Regierung auf diesen Standpunkt zu bringen, wird sie auch mit den widerpenstigen Dreiklassen-Parlamentariern und Herrenhäuslern fertig werden.

Eine Schlacht für die Demokratie und die Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes in Preußen ist gewonnen, der Feldzug wird siegreich bis zu Ende geführt. Das Reichstagswahlrecht erhält doppelten Wert, wenn der Bundesrat vom Druck des reaktionären Preußens befreit ist. Eine schwierige Etappe ist überwunden, hoffentlich kommen wir dadurch dem ersehnten Ziele wesentlich näher.

Gegen den Kaiser.

Bei der letzten Kriegsziel-Debatte rief nach der alldeutschen Herr von Graefe, der geständige Teilnehmer an der Wien-Konferenz, in den Sitzungssaal: „Kaiser, höre Dein Volk! Höre Dein treues Volk!“ Nun hat der Kaiser dem Willen seines Volkes entsprochen und das gleiche Wahlrecht für Preußen angekündigt. Aber darum war es den Alldeutschen nicht zu tun — Wilhelm II. ist jetzt bei ihnen in Ungnade gefallen. Da helfe, was helfen kann! Sie drängen sich jetzt also an die Bundesstaaten und an den Kronprinzen heran. Die Bundesstaaten werden scharf gemacht, jeder Parlamentarisierung der Reichsregierung unbedingt zu widerstehen, weil sie sonst ihre Selbständigkeit verlieren. Der Kronprinz aber wird von dem frisch angekauften Organ des alldeutschen Verbandes, der „Deutschen Zeitung“, als der „hochgemute Kaiser der Zukunft“ umschmeichelt. In einem langen Artikel wird erzählt, der Kaiser habe in der Seelenpein dieser Stunden inbrünstig betend seinen Gott gesucht, daß er ihm den Weg weise zur Entwirrung in dem Irrsinn menschlicher Meinungen und Wünsche. In das Dunkel der gequälten Seele“ sei die Erleuchtung gedrungen, den Erben der Krone zu fragen: „Wir glauben an unseren Kronprinzen, und also grüßen wir ihn, den Berater seines Kaiserlichen Herrn!“ ruf die „Deutsche Zeitung“ den Kronprinzen an. Der Kronprinz hat es inzwischen für richtig befunden, die Vertreter aller Parteien, auch unseren Genossen Dr. David, zu sich zu bitten und sich von ihnen Vortrag über die politische Lage halten zu lassen. Die Alldeutschen werden wieder enttäuscht sein.

Die Schwierigkeit der Parlamentarisierung Deutschlands.

Die „Bayerische Staatszeitung“ erhebt einen ganz unabweisbaren Einspruch gegen die Schaffung eines parlamentarischen Reichsministeriums. Sie sei eine Unmöglichkeit und mühte zur Wiederauflösung des deutschen Reiches führen. Für Bayern sei sie gänzlich unannehmbar und würde von vornherein abgelehnt. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches sei durch feierliche Verträge verbürgt und dürfe nicht verletzt werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß andere Bundesstaaten diesen Standpunkt teilen und daß daher die Parlamentarisierung gegenwärtig im Bundesrat nicht durchzusetzen ist. Es bedürfte dazu mindestens der Zeit und eines sehr starken Drucks. Deshalb erörtert auch in der „Berliner Volkszeitung“ der fortschrittliche Abgeordnete Gothein die Möglichkeiten, die sich für eine Art Uebergangszustand bieten, der ohne langes Säumen geschaffen werden könnte. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man aus den Reichstagsparteien eine

Anzahl Staatssekretäre mit oder ohne Portefeuille in die Reichsregierung hineinnehmen solle.

Ob dieser Weg beschritten wird oder der andere, einen Reichsstaatsrat aus 15 Parlamentariern zu schaffen, kann dahingestellt bleiben. Als eine glückliche und befriedigende Lösung dürften beide Wege kaum bezeichnet werden.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage fand am Donnerstag weder eine Ausschluß- noch eine Vollziehung statt; nur einige Fraktionen versammelten sich im Laufe des Tages zu Besprechungen über die Lage.

Zur Kriegs- und Friedensresolution, die dem Reichstage vorgelegt werden soll, meldet die „B. Z.“, es würden etwa 20 nationalliberale Abgeordnete für die Resolution stimmen. Darunter seien solche Abgeordnete, die die größte Masse der nationalliberalen Wählererschaft hinter sich haben, z. B. die Abgg. Jäger, Marguardt, Rieger, Frhr. v. Riehtshofen und andere. — Die konservative Fraktion will eine besondere Erklärung zur Kriegs- und Friedensfrage abgeben und darin ihren bekannten, auf Annexionen und Entschädigungen gerichteten Willen dieser Partei zum Ausdruck bringen.

Wie sieht der Reichskanzler?

Das ist noch immer die Frage, mit der sich eine ganze Anzahl politischer Blätter beschäftigt. Leider geht diesen Blättern die Person vor die Sache. Nach der „B. Z.“ wird in Abgeordnetentreisen nicht mehr bezweifelt, daß die Stellung des Reichskanzlers bis auf weiteres gesichert ist. Der „Berliner Lokalanzeiger“ brachte am Donnerstag morgen noch einen sehr scharfen Artikel gegen den Reichskanzler. Infolge dessen wurde er vom Oberkommando in den Marken bis auf weiteres verboten.

Den Konservativen

paßt die angekündigte Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen natürlich nicht. In einer Erklärung des konservativen Parteivorstandes zur Wahlrechtsfrage heißt es: „Das gleiche Wahlrecht entspricht nicht der Eigenart und der historischen Vergangenheit des preussischen Staates und nicht den der preussischen Gesetzgebung vererbten geordneten Verfassungen und sonstigen Aufgaben. Es ist vielmehr geeignet, das feste Gefüge Preußens zu erschüttern und auch diesen Staat der völligen Demokratisierung auszuliefern. Das durch ihn dargestellte unentbehrliche Gegengewicht gegen die Gefahren der Unruhe und Unklarung, die nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte für das Reich bestehen, wird durch die Einführung des gleichen Wahlrechts hinweggeräumt. Die konservative Partei vermag weder zu erkennen, daß die in Aussicht gestellte Maßnahme durch die Erfahrungen des Krieges geboten war, noch daß sie auch nur als geeignet erscheinen könnte, um über die Schwierigkeiten der heutigen Lage hinwegzuhelfen und den Siegeswillen des Volkes zu stärken. Die in Aussicht gestellte Veränderung des preussischen Wahlrechts kann daher die konservative Partei nur mit ernstlichen Bedenken und mit tiefen Sorgen für die Zukunft Deutschlands erfüllen.“

Das letztere ist wohl nur ein Schreibfehler. Es soll wohl heißen: „für die Zukunft der konservativen Partei und der Reaktion“. Diese sehen ihre Felle wegwchwimmen.

## Ministerialismus.

Ueber dieses jetzt aktuelle Thema schreibt Genosse Friedrich Stampe im „Vorwärts“:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kann vielleicht in absehbarer Zeit vor das Problem des Ministerialismus gestellt sein.

Die Frage, ob Sozialisten in bürgerliche Regierungen eintreten dürfen, hat seit dem „Fall Millerand“ in den Diskussionen über die sozialdemokratische Taktik eine sehr große Rolle gespielt, sie hat aber im Laufe des Weltkrieges ihr Gesicht wesentlich geändert.

In Frankreich, England und Belgien sind Sozialisten und Arbeiterparteier unbedenklich in Regierungen eingetreten, deren Zweck die Kriegführung bis zum Sieg über Deutschland war. Die persönliche Rechtfertigung dieser Männer, die Reinheit ihrer Motive soll keinen Augenblick angezweifelt werden, ihr Vorbild wird uns trotzdem nicht nachahmenswert erscheinen. Nie kann es uns darauf ankommen, deutsche Gegenstücke zu den Thomas und Vandervelde zu schaffen, die vom Frieden nichts hören wollen, solange Glas-Bohrungen nicht französisch ist. Deutsche sozialistische Minister, deren Kriegsziel sich nicht auf die reine Verteidigung, ohne Klausel und ohne Phrasen, beschränkt, wären schon vom ersten Tage ab moralisch und politisch unmöglich.

Im Gegensatz zu den Sozialisten des Westens sind die Sozialisten Rußlands in die neugebildete revolutionäre Regierung (deren Mehrheit immer noch aus Bürgerlichen

besteht) mit der ausgesprochenen Absicht eingetreten, den Krieg seinem Ende entgegenzuführen. Auch die deutsche Sozialdemokratie könnten die Entscheidung, ob sie in die Regierung eintreten wollen, nur von der Frage abhängig machen, ob sie damit dem Frieden nützen oder nicht.

In engem Zusammenhang mit dem Problem des Friedens steht für uns Sozialdemokraten die Demokratie. Freiheitliche Zustände in allen Ländern und Fortschritte der sozialistischen Bestimmung in der Breite wie in der Tiefe, gelten uns als geeignete Mittel zur rascheren Herbeiführung des Friedens wie zu seiner dauernden Sicherung. Der Eintritt von Sozialdemokraten in eine deutsche Regierung kann dem Frieden nur dann dienen, wenn er zugleich der Demokratie dient.

Man kann sagen: Der Eintritt von Sozialisten in die deutsche Regierung würde an sich schon einen so ungeheuren Umchwung bedeuten, daß sich alles andere daraus von selbst ergäbe.

Aber in dieser bösen Welt, in der eben nicht nur das Sein, sondern auch der Schein gilt, könnte dann die Vermutung entstehen, es sei in Deutschland kein Umchwung der politischen Verhältnisse eingetreten, sondern nur ein Umchwung in der Gestaltung der Sozialisten.

Jedes Experiment mit dem Ministerialismus wäre bedenklich, wenn es nicht gelänge, diesen Schein zu vermeiden!

Sozialisten können grundsätzlich nur der demokratischen Regierung eines demokratisch regierten Landes angehören. Als demokratisch können wir aber nur jenes Land betrachten, in dem ein demokratisches Wahlrecht besteht, und in dem sich die Regierung auf das Vertrauen der Volksvertretung stützt.

Wir haben im Reich das allgemeine und annähernd gleiche Männerwahlrecht, und insofern sind die ersten Bedingungen der Demokratie erfüllt. Wir hatten aber bisher eine Obrigkeitregierung, deren Bestand dem Prinzip nach vom Vertrauen oder Mißtrauen der Volksvertretung unabhängig ist. Ob dieses Prinzip praktische Bedeutung hat, ist eine andere Frage; in Wirklichkeit kann der Reichstag jeden Reichstanzler zum Rücktritt zwingen, wenn er bloß will.

Sollten Sozialdemokraten in die Regierung eintreten, so müßte mit der Obrigkeitregierung auch im Prinzip gebrochen werden. Das Gegenprinzip, wonach keine Regierung im Amte bleiben kann, die sich nicht auf das ausgesprochene Vertrauen der Parlamentsmehrheit stützt, müßte theoretisch anerkannt und praktisch durchgeführt werden.

Mit anderen Worten: die Sozialdemokraten dürfen sich nicht zu Stützen des bestehenden Systems der Obrigkeitregierung hergeben, sie sollten sich auch nicht als Zwischenglieder einer Entwicklung einschalten lassen, die hienach zum parlamentarischen Regierungssystem hinaufführt. Sondern es müssen von vorn herein klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Einschnitt zwischen der alten Zeit, die abgeschlossen ist, und der neuen, die beginnt, muß für jedermann sichtbar sein.

Die Sozialdemokraten dürfen also keiner Regierung angehören, die eine Obrigkeitregierung oder ein Mittelglied zwischen einer solchen und einer parlamentarischen ist, sondern nur einer reinen parlamentarischen Regierung.

Eine Regierung, die mit Hilfe der Sozialdemokratie gebildet ist, muß am Tage ihres Amtsantrittes erklären, daß sie nur so lange im Amte bleiben werde, als sie sich auf das ausgesprochene Vertrauen des Reichstages stützen kann.

Eine Regierung, der Sozialdemokraten als Mitglieder angehören, darf aber auch nicht mit den Fehlern und Verantwortungen einer alten Regierung belastet sein. Sie muß das Bück des alten Regimes abschleifen und ein neues beginnen.

Selbst wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, bleibt der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung — zumal in die Regierung eines kriegführenden Staates — ein schweres verantwortungsvolles Unternehmen. Die Bildung eines parlamentarischen Kabinetts ohne Sozialdemokraten, aber mit einem Programm, dem die Sozialdemokraten zustimmen können, wäre darum höchlich die bequemste Lösung. Doch ihre Bequemlichkeit zu suchen und Verantwortungen auszuweichen, kann nicht das tatsächliche Ziel sein, nach dem die Partei ihr ganzes Verhalten orientiert.

Sollte der Versuch der Bildung einer parlamentarischen Regierung gemacht werden und wäre sein Gelingen von der Hilfe der Sozialdemokratie abhängig, dann würde diese Hilfe auch nicht verweigert werden dürfen, vorausgesetzt natürlich, daß das Programm der Regierung den Aufgaben der Sozialdemokratie von den Notwendigkeiten der Gegenwart im wesentlichen entspricht.

Jede unzeitige Lösung des Problems aber hat ihre schweren Seiten, jede Halbheit und Zweideutigkeit kann gefährlich werden. Auch der Hauptzweck der Aktion, eine Liquidation des Krieges unter gerechten und ehrenvollen Bedingungen für beide Teile herbeizuführen, würde durch sie in Frage gestellt sein.

Die Sozialdemokratie hat bis bisher — trotz allem Getreide von „Republikanismus“ — die Freiheit der Kritik der Regierung gegenüber vollständig gewahrt. Das würde in dem Augenblick anders werden, in dem Sozialdemokraten in die Regierung eintreten und die Mitverantwortung für ihr Handeln übernehmen. Jede Kritik, die dann an der Regierung geübt würde, müßte auch die Sozialdemokratie treffen.

Die Partei kann allen Weilen der Kritik trotzen, wenn eine mit ihrer Hilfe gebildete Regierung dem deutschen Volk den Frieden und die innere Freiheit bringt. Sie würde ihnen erliegen, wenn der erhoffte Erfolg ausbleibe. So würde die Partei, falls diese Frage ernstlich an sie heranträte — die Dinge und Einkommen nicht so weit, aber sie könnten unter den heutigen Verhältnissen eines Tages plötzlich so weit kommen — vor eine geschichtliche Entscheidung gestellt sein, die an verantwortungsvoller Schwere jene des 4. August weit übersteigt. Möge sie sich in jedem Falle dessen bewußt sein, daß das Urteil der Geschichte und des Volkes dann nicht von den guten Absichten abhängen wird, von denen sie sich leiten läßt, sondern von dem Erfolg, den sie erringt. Erfolg erringt man aber weder durch unglückliche Soldaten, noch durch blindes Zugreifen, sondern nur durch schließliches Wägen und Mut vor Tat.

## Stockholm.

Stockholm, 12. Juli. (Eig. Drahtber.)

Das „Sozialdemokraten“ führen Verhandlungen, die das Komitee mit den Arbeitern hatte, zur Einsetzung eines gemeinsamen Komitees für die Vorbereitung der allgemeinen Konferenzen. Rind Sønder, Sørensen und Nielsen reisten heute heim.

Aus Stockholm melden Wolff: Der dänische Abgeordnete für die Sozialdemokratischen Konferenzen, Redakteur Bergsjerg, telegraphierte seinem Statte aus Stockholm, daß zwischen der russischen Abordnung und dem skandinavisch-holländischen Komitee eine Einigung erzielt worden sei. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat berufe die internationale sozialistische Friedenskonferenz nach Stockholm zum August 1917, deren Tagesordnung sein wird: Der Weltkrieg und die Mittel zu seiner schnellen Beendigung. Der Antrag zur Konferenz wird heute an die sozialistischen Parteien aller Länder in deutscher, russischer, französischer und englischer Sprache versandt. Die russischen Abgeordneten reisen nun nach London, Paris und Rom, um die Sozialistpartei der Entente persönlich zur Friedenskonferenz einzuladen.

## Die Kriegslage.

Die Seite aus dem erfolgreichen Bericht der deutschen Marinekommande vom 16. Juli zwischen der Küste und der Straße von Gibraltar lautet: „Wir sind nicht völlig isoliert, sondern...

den, da die feindlichen Stellungen durch unsere Artilleriewirkung zum Teil vollkommen zerstört sind. Bis heute wurden 35 Maschinengewehre, 13 Minenwerfer und eine Revolverkanone eingebracht. Die eroberten Stellungen wurden am Vormittage des 11. Juli mit starkem Feuer besetzt, das nachmittags abklang, um nachts sich wiederum zu verschiedenen lebhaften Feuerüberfällen zu steigern. Bei dem erfolgreichen Angriffe waren die deutschen Verluste äußerst gering. Verschiedene feindliche Patrouillen wurden am 11. Juli in Fländern zurückgewiesen. Nördlich von Hollebeke war ein starker feindlicher Erkundungstrupp in unsere Stellung eingedrungen. Er wurde unter schweren feindlichen Verlusten durch Gegenstoß sofort wieder geworfen. In der übrigen Westfront verhielt sich heftiges Feuer und zahlreiche Patrouillen- und Vorpostengefechte. Der gemeldete Vorstoß eines hauseigenen Regiments bei Monchy wurde 6 Uhr morgens ausgeführt und brachte ein feindliches Grabensystem von 400 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in unsere Hand. Die deutschen Batterien beschossen die Bahnhöfe von Hoeng-les-Mines und Bapume, wo lebhafter Verkehr beobachtet wurde, mit erkennbarer Wirkung. Verschiedene Eisenbahnzüge machten sich eilig davon. In der Nacht zum 12. Juli griffen feindliche Flieger zwischen 1 und 3 Uhr Ostende und Zeebrugge an, ohne indessen Schäden anzurichten. Feindliche Bombenabwürfe auf Kustelare und verschiedene Flugplätze blieben militärisch erfolglos. Dagegen wurden mehrfach Einwohner verletzt, darunter vier belgische Kinder getötet und drei Frauen und drei Kinder verwundet. Die Dünkirchen wurde von unseren Fliegern mit Bomben belegt. Drei feindliche Fesselballons, sowie drei feindliche Flieger wurden von unseren Fliegern abgeschossen. Ein feindlicher Fesselballon wurde durch unser Schrapnellfeuer zum Niedergehen gezwungen.

An der Ostfront tastete sich der Russe zwischen Dnjepr und den Karpaten langsam gegen unsere planmäßig neu bezogenen Stellungen vor. Am 11. Juli erfolgten gegen Abend feindliche Teilangriffe bei Grabomka und Sabit-Przewozice, die in unserem Feuer erstickt wurden. In der Gegend von Brzezany, beiderseits Sedow und östlich von Lud zeitweise heftige Feuersteigerung. Gegen 10 Uhr abends griff der Russe am Stochod-Knie nach mehreren starken Feuerwellen in etwa ein Kilometer Breite an. Der Angriff brach in unserem Feuer unter schweren russischen Verlusten zusammen.

An der rumänischen Front war die feindliche Artillerie besonders in der Gegend von Braila-Katinal unruhig. Feindliche Schanzarbeiten nördlich der Rimmie-Mündung wurden durch unser Feuer gestört. Vom 1. Juli bis 10. Juli wurden in den Abschnitten von Brzezany und Zborow 1900 Gefangene, darunter 22 Offiziere eingebracht. Die relativ geringe Gefangenenzahl ist der Maßstab für die ungeheuren blutigen Verluste der Russen, die reihenweise hingemacht nur in seltenen Fällen unsere Gräben erreichen konnten. Manche Kompagnien schmolzen laut Meldungen von der Front auf 30 bis 40 Mann Gefechtsstärke zusammen. Besonders schwer waren die Verluste der 3. Transam-Division. In zahlreichen Divisionen der russischen Armee wütet Sturmbau. Vor dem Einzug war den Truppen versprochen, daß sie in ruhige Stellung kämen und nicht angetreten müßten.

Berlin, 12. Juli, abends. (Amtlich.)

Im Westen lebhafteste Feuerstätigkeit in der Champagne. Im Osten heftige Kämpfe dicht südlich des Dnjepr.

Wien, 12. Juli. (Amtlich.)

### Deutscher Kriegsjahresplan.

In Rumänien und in den Karpaten nichts von Belang. Südlich des Dnjepr gelangten die Russen bis an unsere Kommissar-Stellung. Bei Kalkuj kam es auf dem Westufer des Flusses zu Kämpfen. Im Stochod wurde nördlich der Bahn Kowno-Kowel ein russischer Vorstoß abgefohlen.

### Italienischer Kriegsjahresplan.

Als Entgelt für die Heimführung Drias durch italienische Flieger, bewarft gestern ein österreichisch-ungarisches Flugzeugschwader den Bahnhof und die ausgedehnten Barackenlager bei Cividale mit Erfolg.

Auf dem kleinen Colbricon drangen gestern früh unsere Sturmabteilungen in die feindliche Stellung ein, machten die Besatzung nieder, jagten große Mengen italienischer Munition und lehrten mit Gefangenen zurück.

### Südlicher Kriegsjahresplan.

Unverändert.

## Frankreich und Belgien.

### Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 11. Juli, nachmittags: Bemerklich lebhafter Artilleriekampf nördlich Tonn, in der Gegend von Saignes und in der Champagne. Wir schlugen zwei Handkämpfe auf unsere kleinen Posten ab. Der Feind ließ Gefangene in unseren Händen. Auf dem linken Maas-Weer blieb die Artillerieaktivität sehr lebhaft im Abschnitt der Höhe 304. In der Normandie nahmen die Deutschen einen Angriff auf unsere Stellungen nördlich Jüres. Nach lebhaftem Kampfe wurde der Feind vollkommen aus einem Schützengrubensystem gemorfen, worin er Fuß gefaßt hatte. Von den übrigen Fronten ist nichts zu melden.

Italienischer Bericht: Der Tag war durch ziemlich heftige Artillerie-Unternehmungen in der Gegend von Panticon, in verschiedenen Abschnitten südlich Koronvillers und in Richtung auf Höhe 304 gekennzeichnet. Keine Infanterie-Unternehmungen.

Englischer Bericht vom 11. Juli: Nach einer sehr kräftigen schändlichen Artilleriebeschichtung machte der Feind gestern abend einen erfolglosen Angriff auf unsere Stellungen an den Grenzen von Messines. Infolge des zusammengefaßten feindlichen Schützengrubensystemen waren die Beschützungen im Süden-Abschnitt in der Nähe der Höhe eingebuchtet, der Abschnitt selbst durch die Zerstückung von Schichten über die vier abgeschnitten worden. Der Feind drang in unsere Stellungen auf einer Front von 1000 Yards in einer Tiefe von 600 Yards ein. Er erreichte das Meer in der Nähe der Höhe. Bei Lombardigge wurde der Feind nachdem er zeitweilig unsere vorderen Stellungen besetzt hatte, in seine Gräben zurückgeschlagen.

### Die französische Regierung gegen eine Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen.

Reuter meldet aus Paris: In der Rede über Elsaß-Lothringen im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Ribot: Wir haben ein unverjährbares Recht auf Elsaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen.

## Rußland.

Reuter Bericht vom 11. Juli, Westfront: In der Richtung auf Dölnen legten unsere Truppen die Besetzung des durch die Arme des Generals Komilow auf der Front Jemel-Stanislaw-Bogrodshany vollständig eroberten Feindes nach Nordwesten fest. Gegen Mittag nahmen unsere kühneren Truppen nach dem Befehl des Generals Wladimir die Stadt Helzig und warfen ihre Bomben auf das linke Dnjepr-Ufer. Ein Ein-

bruch der Dämmerung erreichten unsere Truppen das Lomnica-Tal auf der Front Lomnica-Mündung-Dobrowlan und warfen nach kurzem Kampf ihre Vortruppen auf das linke Flußufer, wobei sie die Dörfer Eudniti und Babina besetzten. Die Abteilungen, die die Front Bogrodshany-Jesetina angriffen, brachen den feindlichen Widerstand und erreichten die Linie Gasseh-Liesourfa-Kosmatet. Im Verlaufe dieses Kampftages machten wir mehr als 2000 Gefangene und erbeuteten etwa 30 Geschütze. Im ganzen machten wir an den drei Kampftagen, 8., 9. und 10. Juli, in der Richtung auf Döln mehr als 150 Offiziere und 10 000 Mann zu Gefangenen und erbeuteten etwa 80 Geschütze, darunter 12 schwere, außerdem eine große Zahl Grabenampfmittel und Maschinengewehre, ebenso eine beträchtliche Menge Kriegsgerät und Schießbedarf. — Auf dem übrigen Frontteil lebhafterer Artilleriekampf in der Richtung auf Boczow und bei Brzezany.

### Die Wahl des Exekutivkomitees.

Stockholm, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das Informationsbureau des Arbeiter- und Soldatenrats meldet: Der allrussische Kongreß der Arbeiterräte wählte das Exekutivkomitee, dem die sozialistischen Minister verantwortlich sind. Es wurden nach dem Proporz gewählt: 35 Bolschewiki, 8 Internationalisten, 107 Menschewiki, 4 Bundisten, 100 Sozialrevolutionäre, 3 jüdische Sozialisten und 3 Volkssozialisten. Ferner sollen dem Komitee angehören der Genosse Tschelise und die sozialistischen Minister. Tschelise schloß den Kongreß mit dem Ruf: Es lebe die große russische Revolution! Es lebe das große heißgeliebte Rußland! Nieder mit dem Krieg! Es lebe der internationale Frieden! Es lebe die Internationale!

Im Anschluß an den allrussischen Kongreß der Arbeiterräte fand eine allrussische Gewerkschaftskonferenz statt. Nach lebhaften Meinungskämpfen beschloß die Konferenz mit 103 Stimmen bei 73 Enthaltungen, dem Arbeiter- und Soldatenrat die volle Unterstützung bei der Konsolidierung und Erweiterung der revolutionären Eroberungen angedeihen zu lassen.

### Die Lage in Finnland.

„Aftonbladet“ erzählt über Haparanda, daß es in der finnischen Stadt Härmoe (?) zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem russischen Militär und der Zivilbevölkerung gekommen sei. 50 Russen sind verwundet oder getötet worden. Die Eisenbahner Finnlands streiken wegen Ablehnung ihrer Forderung auf Erhöhung des Lohnes. — Mittwoch abend wurde der Verkehr auf der Bahn Petersburg-Kurwala wieder aufgenommen.

### Weigerung der Ukrainer, an der Offensive teilzunehmen.

„Stockholms Tidningen“ meldet aus Haparanda: Die Truppen in der Ukraine weigerten sich, an Kerenskis Offensive teilzunehmen. 5000 Soldaten hätten den großen Bahnhof von Kiev besetzt und andere Soldaten dazu überredet, gleichfalls die Abreise an die Front zu verweigern.

## England.

### Friedenszeichen?

Wie die „Woj. Jtg.“ mitteilt, gibt der „Glasgow Herald“, eines der Blätter Lond Georges, zu dessen Rede in Glasgow einen Kommentar, in dem folgender Passus vorkommt: „In Lond Georges Rede in Glasgow treten einem deutlich zwei Gedanken entgegen. Einerseits wendet er sich an unser Volk und fordert es auf, durchzuhalten und aufrecht zu bleiben, andererseits findet er Worte, die vielleicht weniger eindrucksvoll auf seine Zuhörer wirken, aber an die Kanzleien Europas gerichtet sind. Er wandt sich, deutlicher als sonst im internationalen Verkehr üblich ist, sowohl an Rußland, unseren Verbündeten, als an Deutschland, unseren Feind. Wir freuen uns, daß er als Vertreter unseres Landes seine gewichtige Stimme erhoben hat, denn die Zeit ist gekommen, in der endlich Worte wieder zählen, in der das Gebrüll der Kanonen nicht mehr die mächtigste Sprache unter den Menschen ist. Endlich, nach dreißig Kriegsmonaten, bereiten sich neue Tage vor, und die Seelen der Völker erheitern.“ Für die, die ihre Augen über die Schlachtfelder zu erheben vermögen, ist der Himmel voller Zeichen.“

### Genehmigtes Abkommen.

Reuter meldet: Im Unterhaus hat der englische Minister des Äußern mitgeteilt, daß die englische Regierung die im Haag zwischen deutschen und englischen Abgeordneten beschlossene Vereinbarung über die Erleichterung des Loses der Kriegsgefangenen genehmigt hat.

## Der Balkankrieg.

### Venizelos' bevorstehende Kriegserklärung an Deutschland.

Nach einer Athener Meldung der „Basler Nachrichten“ hat sich Venizelos dahin geäußert, daß er nicht zur allgemeinen Mobilisation schreiten werde, bevor der soziale und militärische Organismus Griechenlands sich wieder erholt habe. Er werde sich vorläufig auf die Aushebung der Jahrgänge 1916 und 1917 beschränken. Demgegenüber hat der Oberkommissar der Entente in Griechenland, Sonnart, während seiner Durchreise durch Italien einem Ausdrager berichtet, Venizelos werde Deutschland den Krieg erklären. Er hoffe, innerhalb von drei Monaten dem Ententeheer 10 Divisionen zuzuführen und so die gegenüber Serbien eingegangenen Verpflichtungen einlösen zu können. Zwischen Venizelos und der italienischen Regierung scheint in den letzten Tagen eine Verständigung angebahnt worden zu sein.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Argentinien

Soll nach einer Havas-Meldung aus Buenos-Aires bedürfen. Der Grund soll in der Torpedierung argentinischer Schiffe liegen.

### Amerika kämpft nicht gegen Frauen und Kinder.

Daily Telegraph meldet aus dem Haag: Amerika kämpft lediglich gegen das deutsche Heer und die deutsche Flotte, aber nicht gegen deutsche Frauen und Kinder. Deshalb will die Regierung in Washington bei den Ausfuhrverbot-Bestimmungen eine Ausnahme machen für Milch, Nahrungsmittel und für Kohle, die über neutrale Länder gehen.

### Verbotener Handelsverkehr.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm eine Bill an, die den Handelsverkehr mit feindlichen Ländern verbietet.

# Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 13. Juli.

Zu der Bürgerstiftung vom kommenden Montag beantragt Senk: Die Bürgerstiftung ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß diejenigen Fuhwege über die Felber, die der Publikum nur wenig nützlich sind, aufgehoben werden.

Wer nicht alldeutsch ist, der ist nicht deutsch. Die Mehrheitspartei des Reichstags plant, wie unsere Leser wissen, eine Kundgebung, in der es heißt, daß Deutschland einen Frieden der Verständigung und eine dauernde Verschönerung der Völker erstrebt. Die Nationalliberalen, unter denen sich eine ganze Anzahl Vertreter der Schwerindustrie befinden, die jetzt im Kriege Riesengewinne erzielt hat, haben anstehend mit sich selbst einen Ringkampf geführt, ob sie sich dieser Kundgebung anschließen wollen oder nicht. Sie sollen schließlich zu einer Ablehnung gekommen sein. Genaueres weiß man allerdings darüber noch nicht. Die nationalliberal-alldeutschen „Lübeckischen Anzeigen“ begründen schon jetzt diese Entscheidung mit der fetten Ueberschrift: „Die Nationalliberalen bleiben deutsch!“ Womit sie natürlich sagen wollen, daß die Parteien, die für den Frieden der Verständigung eintreten, ihr Deutschland aufgeben oder verleugnen. Zeugt eine solche Kampfesweise wohl von vornehmer Gesinnung und nobler Denkungsart?

Der öffentliche Arbeitsnachweis, Abteilung für Männer und jugendliche Arbeiter, Parade 1, verzeichnet für den Monat Juni 836 Arbeitsuchende (Mai 681) 1223 (1079) offene Stellen und 726 (612) Stellenbesetzungen. Außerdem sind 69 Stellen durch Gefangene, die am Hafen keine Beschäftigung hatten, durch Vermittlung des Arbeitsnachweises besetzt. In der Landwirtschaft wurden 143 Arbeitskräfte verlangt und 83 nachgewiesen. Gartenarbeiter sind 39 nachgewiesen. — In der Metallindustrie konnten 41 Arbeitskräfte nachgewiesen werden, 27 Aufträge mußten unerledigt bleiben. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurden 15 Arbeitskräfte verlangt und 4 nachgewiesen. — In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel war die geringe Nachfrage zu beklagen. In Baumgewerbe wurden Maurer und Zimmerer dringend gefordert. Von 35 offenen Stellen konnten nur 13 erledigt werden. Maschinisten, Heizer und Fabrikarbeiter wurden 78 verlangt und 34 nachgewiesen. Handlungsgehilfen konnten 28 nachgewiesen werden, während 45 Stellen zu besetzen waren. Für sonstige Lohnarbeit (insbesondere Lagerarbeiter, Erd- und Bauarbeiter, Kutsher und Tagelöhner aller Art) wurden 705 Arbeitskräfte angefordert und 449 nachgewiesen. Außerdem konnte der dringende Bedarf in acht Fällen für 69 offene Stellen durch Zivilgefangene, die für den Hafenbetrieb bestimmt sind, hier aber nicht immer voll beschäftigt werden konnten, besetzt werden. Diese Hilfe fiel bedauerlicherweise für den größten Teil des Monats aus, da die Gefangenen im Hafenbetrieb vollstän. Beschäftigung fanden. Vor allem fehlte es an kräftigen Arbeitern für Waggonten- und -beladungen, Kohlen- und Erdarbeitern. Nur mit militärischer Hilfe konnten die wichtigsten Arbeiten erledigt werden. Für freie Berufe (Bürogehilfen, Krankenwärter usw.) wurden 33 Stellen aufgegeben und 17 erledigt. 18 entlassene Kriegsverletzte wurden vermittelt, und zwar 1 Kranführer, 1 Heizer, 3 Handlungsgehilfen, 1 Bürogehilfe, 5 Pförtner, 2 Wärter, 2 Hausarbeiter, 1 Bluthüter, 1 Magazinverwalter, 1 Kutsher. Von der Arbeitsvermittlung für genehnde Soldaten wurden im Juni 327 (Mai 305) Arbeitskräfte für ganze oder halbe Tage in Beschäftigung gebracht.

In der weiblichen Abteilung, Mengstraße 28, belief sich die Zahl der Arbeitsuchenden auf 1049 (1916: 1128). Es wurden 983 offene Stellen gemeldet (1916: 598), von denen 740 (1916: 555) besetzt wurden. Bemerkenswert ist das allmählich geringere werdende Angebot von Arbeitsuchenden gegenüber der stetigen Zunahme von offenen Stellen. Der von der Landwirtschaft und aus gärtnerischen Betrieben gemeldete Bedarf (67) überstieg das Angebot fast um das Doppelte (36). Inzwischen fanden 46 Vermittlungen statt, durch zum Teil aus anderen Berufsgruppen stammenden Arbeiterinnen. Meistmädchen waren sehr gesucht und schwer zu beschaffen. In der Metallindustrie wurden 50 offene Stellen aufgegeben und 41 besetzt. Für Steinfabriken wurden 22 Arbeitskräfte zugewiesen, 23 waren angefordert. Für Nahrungsmittelfabriken meldeten sich 53 Arbeitsuchende, von denen 20 in Arbeit gebracht wurden. Angefordert waren 22. — Für die chemische Industrie fanden 6 Vermittlungen statt. Für Heimarbeitnehmerinnen bot sich reichlich Verdienstmöglichkeit. 268 Strickerinnen konnten Beschäftigung erhalten, desgleichen 85 Näherinnen und Färdnerinnen, die für den Heeresbedarf arbeiteten. Im Handlungsgewerbe wurden 15 offene Stellen gemeldet, 12 wurden besetzt. 26 Angebote lagen vor. Ein arges Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage trat bei der Vermittlung der Hausangestellten zutage. Befanden sich im Vergleichsmonat des Vorjahres die Meldungen Stellungsuchender auf 138 (im Mai 1916 auf 68) und die der offenen Stellen auf 70 (im Mai 1916 auf 81), so ging im Berichtsmonat das Angebot auf 51 zurück, während die Nachfrage auf 114 stieg. Das Angebot von Morgenfrauen und Mädchen reichte gleichfalls nicht aus. Im Gastwirtschaftsgewerbe war die Nachfrage nach Personal für die Bäder außerordentlich lebhaft. Ein Ueberangebot lag vor an Süß- und Servierfräulein, ein Mangel herrschte an Zimmermädchen. Für 56 zu besetzende Stellen liefen 28 Angebote ein. 26 Vermittlungen wurden erzielt. Küchenmädchen wurden in 33 Fällen gesucht, in 22 vermittelt bei 24 Angeboten. Größere Neigung bestand bei den Arbeitsuchenden zur Annahme von Stellen im Verkehrsgewerbe, z. B. als Schifferinnen, auch als Hilfsarbeiterinnen beim Telegraphenamt und als Straßenreinigerinnen. 27 Vermittlungen wurden hier geschäftigt, angefordert waren 39 Frauen. Für Erdarbeiten wurden 27 Arbeitskräfte gesucht und 24 zugewiesen. Militärische Dienststellen meldeten für hier und auswärts 23 offene Stellen für Schreiberinnen an, von denen der Arbeitsnachweis 19 besetzte.

Zur Kartoffelversorgung. Mit der Bekanntmachung vom 7. Juli, durch die der Ausschuss für Kriegshilfe die gesamten Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1917 beschlagnahmt, hat Lübeck denselben Weg eingeschlagen, der auch in anderen Staaten beschritten wurde. Naturgemäß gelten die Bestimmungen über die Ausgabe und Verwendung der Kartoffeln vorerst nur für Frühkartoffeln. Ueber die Spätkartoffeln werden nähere Bestimmungen später getroffen werden, wobei natürlich die Erfahrungen des letzten Jahres die Grundlage bilden werden. Daß auch die Herbstkartoffeln zugunsten des Ausschusses für Kriegshilfe beschlagnahmt sind, sei, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, noch besonders hervorgehoben.

Durch den heute veröffentlichten Nachtrag zur Bekanntmachung vom 7. Juli wird scharf geschieden zwischen den mit Frühkartoffeln bebauten Flächen in der Größe von 200 Quadratmeter und darüber und solchen bis zu 200 Quadratmeter. Bei letzteren, für die natürlich alle Kleingartenbesitzer in Frage kommen, wird die beschlagnahmte Ernte zum Verbrauch innerhalb der Wirtschaft des einzelnen Erzeugers freigegeben, und zwar nach der Berechnung von 1/4 Pfund für den Tag und Kopf. Die Menge erhöht sich für alle diejenigen, die vom Polizeiamt eine Zusatzkarte über 800 Gramm Brot auf Grund einer gelben Arbeitsbescheinigung erhalten haben, auf 1 1/2 Pfund. Die Erzeuger, die eine Fläche von 200 Quadratmeter und mehr mit Frühkartoffeln bepflanzt haben, dürfen diejenigen Mengen zum Verbrauch innerhalb ihrer Wirtschaft und zur Zurückstellung von Saatgut verwenden, die 160 Zentner für den Hektar, gleich 1,6 Pfund pro Quadratmeter übersteigen. Bei der Ungleichheit der zu erwartenden Ernte, einer Folge der langandauernden Dürre, kann es natürlich vorkommen, daß in einzelnen Fällen der Bedarf zum 15. September aus den überschüssigen Beständen nicht gedeckt wird. Begründete Anträge auf Freigabe weiterer Mengen von Kartoffeln sind in diesem Falle baldmöglichst an die städtische Kartoffelstelle zu richten.

Auf zweierlei sei aber nachdrücklich aufmerksam gemacht, und das gilt für alle Erzeuger von Kartoffeln. Nach der Bekanntmachung des Reichstanzlers vom 7. Februar 1917 besteht einmal

# Der amtliche Kriegsbericht.

RTW. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen und Artoisfront war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark.

Feindliche Vorstöße östlich von Neuport, südöstlich von Ypern, bei Sullach und südlich der Scarpe wurden zurückgewiesen.

Front Deutscher Kronprinz

Wieder war die Kampftätigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert. Auch auf dem linken Maasufer erreichte das Feuer abends große Heftigkeit.

An der Höhe 304 gewannen Sturmtruppen in frühem Draufgehen die vom Feinde am 8. Juli zurückvertriebenen Gräben wieder. Die Besatzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt. Die von uns in den Kämpfen am 28. Juni gewonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich ihres Vorfeldes damit wieder voll in unserer Hand.

Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsvorstoß bei Brunay uns Gewinn an Gefangenen und Beute.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, 2 weitere durch Abwehrfeuer.

Oberleutnant Ritter von Lutskich, der am 12. Juli 2 feindliche Flugler zum Absturz brachte, errang gestern durch Abschluß eines Feiselballons den 16. Aufstieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

An der Düna, bei Smorgon und an der Schischara war die Gefechtsfähigkeit reg. Auch westlich von Luck lebte sie infolge eigener Erkundungsvorstöße zeitweise auf.

Südlich des Dnjepr sind an mehreren Stellen der Donnicas-Dinie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Josef und bei der Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen drängten nach starkem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor. Sie sind überall abgewiesen worden.

Mazedonische Front.

Südlich der Ridsa Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe der Serben aus. Sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister: Indendorff.

Das Verfüttungsrecht von Kartoffeln in vollem Umfange weiter. Für das Vieh dürfen Kartoffeln also nicht verwendet werden. Zum andern empfiehlt die Bekanntmachung des Ausschusses für Kriegshilfe allen Erzeugern auf das dringendste, die nötigen Mengen an Kartoffeln zur Aussaat für das nächste Jahr zurückzustellen. Auf die genaue Innehaltung dieser beiden Vorschriften kann nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden. Sie gelten in vollem Umfange natürlich ebenfalls für die Behauer großer Entesflächen als auch für die Besitzer von Kleingärten. Ebenso genaue Beachtung verdient die Bekanntmachung über die Ausgabe neuer Kartoffelkarten. Abgegeben werden sie nur gegen Vorlegung des Lebensmittelscheines an jeden Inhaber einer allgemeinen Brokkarte. Nicht berechtigt zur Entnahme von Kartoffelkarten sind alle diejenigen, die eine Fläche von 200 Quadratmeter und darüber mit Frühkartoffeln bepflanzt haben. Natürlich ist auch der Erzeuger von Frühkartoffelnanbaufläche bis zu 200 Quadratmeter Größe, soweit und solange er imstande ist, den zugelassenen Verbrauch aus eigener Ernte zu decken, nicht berechtigt, die Ausstellung von Kartoffelkarten zu begehren oder seine Kartoffelkarten zu benutzen. Der zulässige Verbrauch von Kartoffeln aus eigener Ernte beträgt für den Kopf und Tag 1/4 Pfund, für Inhaber von Zusatzkarten über 800 Gramm weitere 1/2 Pfund. Um eine genaue Kontrolle zu ermöglichen, erhalten die Haushaltungsvorstände bei der Ausgabe der Kartoffelkarten eine besondere Fragekarte, auf der angegeben ist, wie groß die Flächen sind, die mit Früh- und Spätkartoffeln bepflanzt wurden. Die Rückgabe hat bis zum 23. Juli an die Städtische Kartoffelstelle, Königstraße 13, zu erfolgen. Eine Nachprüfung der Angaben wird unter allen Umständen erfolgen. Die genaue Beantwortung der Fragekarte liegt daher im Interesse jedes Haushaltungsvorstandes, der Flächen mit Kartoffeln bepflanzt hat.

Für die städtische Bevölkerung wird das Maß von Kartoffeln, das für den Kopf und Tag zur Verfügung gestellt werden kann, noch besonders bekannt gegeben werden. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß die Versorgung durch die Stadt in Kürze einleuchten wird. Allerdings sind die Aussichten für die Frühkartoffelernte infolge der lang andauernden Trockenheit, die erst in den letzten Tagen eine Milderung erfahren hat, nicht so, wie man zu erwarten hoffte. Uebereinstimmend wird von allen Sachverständigen dagegen bezogen, daß die Herbstkarte für Spätkartoffeln bis jetzt einen guten Ertrag verspricht. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die neuen Kartoffelkarten mit dem Vermerk über die Enttragung in die Kundenlisten versehen werden. Sobald die Versorgung durch die Städtische Kartoffelstelle wieder aufgenommen wird, ist jeder Verbraucher gehalten, seinen Bedarf bei seinem bisherigen Kartoffelhändler zu entnehmen, soweit er sich nicht unmittelbar von einem Kartoffelerzeuger versorgen läßt. Solange die Städtische Kartoffelstelle nicht in der Lage ist, die Händler mit Kartoffeln zu versorgen, ist jeder Händler und Erzeuger verpflichtet, an jeden Verbraucher innerhalb des zulässigen Rahmens Kartoffeln abzugeben, ohne Rücksicht darauf, ob der Käufer in seiner Kundenliste eingetragen steht oder nicht.

Verpflüger der Militärurlauber während der Fahrt. Seurlaubte Offiziere und Mannschaften erhalten, da sie während des Urlaubs auf Selbstverpflegung angewiesen sind, Lebensmittel nur in dem Umfange, wie sie der Zivilbevölkerung gewährt werden. Die erforderlichen Ausweiskarten oder Marken werden ihnen durch die Ausgabebehörde der Gemeinde des Urlaubsortes gegen Vorlegung des Urlaubspasses ausgehändigt, und zwar für die Tage des Aufenthalts am Urlaubsort und für die Tage der Rückreise zur Truppe. Für die Fahrt von der Truppe zur Heimat können den Urlaubern nachträglich Lebensmittelkarten nicht mehr ausgestellt werden. Eine Ausgabe von Lebensmittelkarten aber vor Eintritt oder während der Reise ist nicht durchführbar. Die Seurlaubten werden also gut tun, sich zur Reise ausreichend mit Lebensmitteln zu versehen. Eine Ausnahme für Militärpersonen ist zugelassen, die die Reise von der Front zur Heimat in Uniform und in einem Zuge mit eingestellten Speisewagen zurücklegen. Diese können von den Wirtschaftern der Speisewagen-Gesellschaften Fleisch und Fleischwaren gegen eine besondere Empfangsbekundigung, die von den Empfängern der Fleischspeisen unter Angabe des Dienstgrades und des Truppenteils oder der Formation unter-

schrieben werden muß, erhalten. Die Empfangsbekundigung wird dem Reisenden im Speisewagen bei der Bestellung einer Fleischspeise zur Unterschrift vorgelegt. In den Speisewagen gibt es aber keine Möglichkeit, Brot zu kaufen.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Juni 1917. Beförbert sind 1917: 1.967.120 Personen, 1916: 1.222.381 Personen, 1917 mehr 744.739 Personen. Eingenommen sind 1917: 102.925,26 M., 1916: 128.618,31 M., 1917 mehr 64.306,95 M.

Die Versorgung der Binnenfahrer mit Lebensmitteln betreffen zwei polizeiamtliche Verordnungen in der heutigen Ausgabe unseres Blattes, auf die wir hierdurch besonders hinweisen.

Die „Einsichtigen“. Fünf preussische Minister wollen zurücktreten, weil sie mit der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht einverstanden sind. Das wird vom Amtsblatt als „Auktivität der Einsichtigen“ gekennzeichnet. Der Kaiser ist bekanntlich für das gleiche Wahlrecht. Gehört er deshalb nicht mehr zu den Einsichtigen?

Hansa-Theater. Am Freitag gelangt im Hansa-Theater „Hagemanns Tochter“ mit Herrn Richter-Nachten in der Rolle des Anton Hagemann als Gast zur Aufführung. Mit Rücksicht darauf, daß der Vorverkauf, Zigarrenhandlung Seger, am Sonntag geschlossen ist, empfiehlt es sich, wenn die Theaterbesucher zu der Sonntagsvorstellung „Die Ehe des Herrn Zerbrügge“ schon am Sonnabend Eintrittskarten besorgen. Am Sonntag sind Eintrittskarten nur an der Theaterkasse erhältlich.

Einshorn. Tödlischer Unglücksfall. Mittwoch nachmittags ist der auf Kattenweide beschäftigte Straßenreiner Müschinski durch einen unglücklichen Fall unter einem vorüberfahrenden Lastwagen geritten. Die Räder des mit Kies beladenen Wagens sind ihm über die Brust gegangen und haben ihn so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eingetreten ist. — Niedergebrannt ist die Holzperanda des Zentralthotels.

# Theater und Musik.

Stadthallen-Sommertheater. „Der Redaktionsengel“, ein heiteres Spiel von Jani Jiala. Aufführungen gehören zu den Seltenheiten auf den Lübeckischen Bühnen. Darüber ist denn auch schon von verschiedenen Seiten, meistens solchen, welche selbst Stücke verfaßt haben, die sich noch vergeblich nach dem Rampenlicht sehnen, geklagt worden. Man sollte den jungen Talenten den Weg ebnen, so hieß es. Ganz unsere Meinung! Doch nicht jeder, der sich dafür hält, ist ein Talent. Die Zahl der wirklich befähigten Bühnenschriftsteller selber ist schon nicht groß, noch spärlicher aber sind die Dichter geworden. Eine solche Erfahrung macht die Theaterleitungen zur Vorsicht. Herr Direktor Fuhs hat im Winter diese Vorsicht walten lassen, um die Gehirne der Schauspielers nicht unnötig zu strapazieren, und Publikum und Kasse vor Schäden zu schützen. Jetzt leben wir im Sommer; in dieser Jahreszeit pflegen die künstlerischen Ansprüche zu sinken. Da gilt häufig schon der gute Wille für die Tat. Vielleicht deshalb brachte uns das Stadthallen-Theater gestern eine Aufführung: „Der Redaktionsengel“. Nimes Wort „Müh ohne Zweck“ trifft auf die geleistete Arbeit zu. Es war ein Abend, der nur den ganz naiven Freundinnen und Freunden des Autors, eines jungen Lübecker Journalisten, Freude machte. In diesem angeblich „heiteren Spiel“ war keine Spur von Humor, feingeschliffenem Witz, Satire oder nur wirkungsvoller Situationskomik zu entdecken. Nur die ältesten, abgenutzten Schwanzschwänze gelangten zur Anwendung; alles war so leicht und oberflächlich, daß man die Geduld der zahlreichen Zuschauer bewundern mußte, die ohne Kurzen bis zum Ende ausharrten. Viele hatten wohl gehofft, durch dieses „Spiel“ einen Einblick in die interessanten Geheimnisse eines Redaktionsbetriebes zu gewinnen. Was sie jedoch zu sehen bekamen, konnte keinen anderen Eindruck erwecken, als ob Zeitungsgut von einer Sammlung von langweiligen Traktaten und Einfallspindeln redigiert werden. Nur einzelne Blätter mag dies bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Oder hatte Herr Jiala am Ende gar beabsichtigt, eine Satire zu schreiben? Dann wird er wohl selbst gemerkt haben, daß ihm dies in keiner Weise gelungen ist. Von Akt zu Akt wurde das „Spiel“ fader, obwohl man das gar nicht recht für möglich halten konnte. Im Schlußminuten wurde es, wenn der Verfasser einige Tropfen sadistischer Laune in die ungeheiligsten Stellen seines Quarklugsens träufeln ließ. So muß also mit Bedauern festgehalten werden, daß der „Redaktionsengel“ des Herrn Jiala, dem wir als Kollegen gern einige freundliche Worte gewidmet hätten, keine Schminke erhaltet, die ihm zum Flug in die Höhe befähigen. Er hätte das Tententafel nie verlassen sollen. Zu großer Anerkennung ist der Verfasser den mitwirkenden Künstlern verpflichtet, die sich mit großer Güte über die Nähe unterzogen, die sie stähler von Anfang an als eine vergebliche erfaunten.

# Neueste Nachrichten.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge in der Biscana und im Englischen Kanal: 24 000 Brutto-Registertonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Abdah“ (4397 Tonnen) mit Stückgut vom Kanada nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer „Bearn“ (1271 Tonnen) mit Stückgut von Dalar nach Gecamp, drei französischen Segler „Alexandre“, mit Holz von Texas nach Gecamp, „La Tour d'Argon“, mit Fischladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer „Cabo Verde“ (2220 Tonnen) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordenaux.

Die Ladungen der übrigen versenkten Schiffe befanden, soweit sie festgesetzt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erdnüssen.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.

Berlin, 13. Juli. Der als Nachfolger des Kultusministers von Trost zu Solz bisher genannte Generaldirektor der königlichen Bibliotheken Wirkl. Geheimrat von Harnack hat das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt. Nunmehr dürfte der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Schmidt Unterrichtsminister werden.

In parlamentarischen Kreisen verläutet, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, daß die Reichsregierung die Absicht habe, den Reichstag am Sonnabend nach Bewilligung der Kriegskredite bis zum Oktober zu verlagern. In der Zwischenzeit beabsichtigt Herr von Bethmann-Hollweg die sogenannte Parlamentarisierung durchzuführen, das heißt, einzelne Abgeordnete in die Regierung zu berufen.

Der „Vorwärts“ spricht sich aufs energischste gegen eine Kandidatur des Fürsten Sülow aus und sagt, daß er (Sülow) schwerlich dazu geeignet sei, mit der Regierung des revolutionären Russland Verhandlungen zu führen. Er, der so viel von dem verschuldet hat, worunter wir heute leiden, kann nicht berufen sein, die aus den Augen gegangene Welt wieder einzurenten.

H Haag, 12. Juli. Die neue englische Minenperre an der Küste Hollands hat ihr erstes Opfer gefordert. Der Dampfer „Ellisbeth“ ist auf der Insel Terdeling auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Von 11 Mann der Besatzung wurden 6 getötet und 4 verwundet, darunter einer schwer.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Schwartz, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: T. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Bekanntmachung

## betreffend die Ausgabe neuer Kartoffelkarten.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

Die Ausgabe neuer Kartoffelkarten und Zusatzkartoffelkarten findet statt:

- a) für die Brotkartenbesitzer
  1. Katobi-Quartier,
  2. Marien-Quartier,
  3. Marien-Quartier,
  4. Johannis-Quartier
 im Vorraum, Eingang Markt, vormittags von 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr.
- b) für die Brotkartenbesitzer
  5. Vorstadt St. Jürgen 1,
  6. Vorstadt St. Jürgen 2
 in der Städtischen Hauptturnhalle, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- c) für die Brotkartenbesitzer
  7. Vorstadt St. Lorenz 1,
  8. Vorstadt St. Lorenz 2
 im Gasthof „Zum Krenker“, Moislinger Allee 18, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- d) für die Brotkartenbesitzer
  9. Vorstadt St. Lorenz 3,
  10. Vorstadt St. Lorenz 4,
  11. Vorstadt St. Lorenz 5
 in der Freibank auf dem Schlachthof, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- e) für die Brotkartenbesitzer
  12. Vorstadt St. Gertrud 1,
  13. Vorstadt St. Gertrud 2
 im Hause der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königsstraße 5, Nebeneingang Gartenlaube, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- f) für den Brotkartenbesitzer 14. Travemünde mit Gueberdorf, im Polizeibureau zu Travemünde, vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr.
- g) für den Brotkartenbesitzer 16. Schlutup, in der Polizeistation, vormittags von 8 bis nachmittags 7 Uhr.
- h) für den Brotkartenbesitzer 15. Rükkin mit Gerrentoft, Walschulen und Ferkerei, in der Bezirksschule zu Rükkin am 16. und 17. Juli, vormittags von 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- i) für den Brotkartenbesitzer 17. Dänischburg mit Siems, in der Bezirksschule am 16. und 17. Juli, vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.
- k) für den Brotkartenbesitzer 18. Moislung mit Genix, Geminer Ziegelei, Moislunger Seide und Punteluh, in der Bezirksschule zu Moislung am 16. und 17. Juli, vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

Die Ausgabe der Kartoffelkarten geschieht gegen Vorlegung des Lebensmittelbuches an jeden Inhaber einer allgemeinen Brotkarte, Kartoffelkarte, welche eine Fläche von 200 qm und darüber mit Frühkartoffeln bepflanzt haben, sind zur Entnahme von Kartoffelkarten nicht berechtigt.

Der Inhaber einer Zusatzkarte über 500 Gramm ist, erst bei Vorlegung der gelben Arbeitgeberbescheinigung und des Lebensmittelbuches außer der Hauptkarte eine Zusatzkarte zu erhalten. Die Zusatzkarte haben den gleichen Geltungswert wie die Hauptkarte.

Der als Erzeuger von Kartoffeln bei einer Frühkartoffel-ernte bis zu 200 qm Größe im Jahre 1917 den angestammten Verbrauch aus eigener Ernte zu entnehmen, ist, solange dies der Fall ist, nicht berechtigt, die Ausstellung von Kartoffelkarten zu begehren oder seine Kartoffelkarten zu beantragen. Der zulässige Verbrauch von Kartoffeln aus eigener Ernte beträgt je Kopf und Tag 1/2 Fund und für Inhaber von Zusatzkarten über 500 Gramm, die auf Grund der gelben Arbeitgeberbescheinigung vom Polizeiamt erteilt sind, mehrere 1/2 Fund je Kopf und Tag.

Schlusszeit und Gültigkeitsdauer der Haupt- und Zusatzkartoffelkarten werden besonders bekanntgegeben werden.

Die Eintragungen in die Bundesliste bleiben für die neuen Haupt- und Zusatzkartoffelkarten bestehen.

Jeder Haushaltungsvorstand erhält bei der Abforderung der Kartoffelkarten eine Fragekarte, auf welcher er anzugeben hat, ob und welche Flächen er mit Kartoffeln bepflanzt hat. Die Ausfüllung dieser Fragekarten hat nachbestimmte Fristen zu geschehen und die Rückgabe an die Städtische Kartoffelstelle bis zum 23. d. Mts. zu erfolgen.

Der gegen die Vorschriften zu verstoßende oder unrichtige Angaben macht, unterliegt den bestehenden Strafbestimmungen.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

# Bekanntmachung

## betreffend den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

Jeder Kartoffelhändler und jeder Kartoffelerzeuger, der Kartoffeln zum Verkauf bringt, ist bis auf weiteres verpflichtet, er leihensamt Kartoffeln innerhalb der zulässigen Menge zu verkaufen, insbesondere dürfen die Kartoffelhändler die Abgabe nicht aus dem Grunde verweigern, weil der Käufer nicht in letzte Runde besetzt eingetragen ist.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

# Bekanntmachung

In der Zeit vom 16. bis 22. Juli 1917 sollen an jeder der 11 Bundesliste für Kolonialwaren angemeldete Vertriebsstellen folgende Waren:

- 15 Gramm Feigwaren (Nudeln) Bekanntheit zum Preise von 51 Hg. für 1/2 kg (1 Fund) auf dem Abschnitt D IX des Lebensmittelbuches.
  - 100 Gramm Kartoffelkartonen zum Preise von 95 Hg. für 1/2 kg (1 Fund) auf dem Abschnitt H III des Lebensmittelbuches.
- Die gemeinsamen Abschnitte für diese Verordnungen (Zettel Nr. 514, Kartoffelkartonen Nr. 521) sind bis zum 27. Juli an die Nahrungsmittelverteilungsstelle, Schlachthof 18, 2. Et., abzugeben.

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

# Erster Nachtrag

## zu der Bekanntmachung über die Beschlagnahme der Kartoffeln aus der Ernte des Jahres 1917 und über die Abgabe von Frühkartoffeln.

Von den durch Bekanntmachung vom 7. Juli 1917 beschlaggenommenen Kartoffeln werden den Erzeugern, welche eine Fläche von 200 qm und darüber mit Frühkartoffeln bepflanzt haben, diejenigen Mengen Frühkartoffeln zum Verbrauch innerhalb ihrer Wirtschaft und zur Zurückstellung von Saatgut freigegeben, welche 160 Zentner je Hektar übersteigen.

Soweit hierdurch der Bedarf an Frühkartoffeln zum Verzehr für den Erzeuger und seine Wirtschaftsangehörigen bis zum 15. September 1917 und zur Zurückstellung als Saatgut nicht gedeckt wird, sind begründete Anträge auf Freigabe weiterer Mengen an die Städtische Kartoffelstelle zu richten.

Den Kartoffelerzeugern, welche Flächen bis zu 200 qm Größe mit Frühkartoffeln bepflanzt haben, wird die durch Bekanntmachung vom 7. Juli 1917 beschlaggenommene Ernte hierdurch zum Verbrauch innerhalb der Wirtschaft des einzelnen Erzeugers freigegeben. Der zulässige Verbrauch beträgt 1/2 Fund je Tag und Kopf. Für diejenigen, welchen vom Polizeiamt eine Zusatzkarte über 500 Gramm auf Grund einer gelben Arbeitgeberbescheinigung erteilt ist, erhöht sich der zulässige Tagesverbrauch um weitere 1/2 Fund.

Das durch Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichslandwirts vom 7. Februar 1917 erlassene Verbot von Kartoffeln besteht in vollem Umfang fort.

Die Beschlagnahme der Spätkartoffeln bleibt in vollem Umfang bestehen, insbesondere wird dieses vorzeitige Aufnahmeverbot. Weitere Bestimmungen werden rechtzeitig erlassen werden.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

# Bekanntmachung

## betreffend die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln.

Zur Ausführung der Verordnung des Polizeiamtes vom 11. Juli 1917 über die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln wird unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 18. November 1916 angeordnet:

Die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln erfolgt für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck fortan nur auf Grund der vom Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vorgezeichneten Anweisung für jede einzelne an der Fahrt der Binnenschiffer teilnehmende Person und auf Grund von Lebensmittelkarten. Die Lebensmittelkarten sind von roter Farbe und tragen auf dem Stammeil unter dem Reichsadler die Aufschrift: „Lebensmittellkarte für Binnenschiffer“. Sie gelten zwei Wochen: Anfangs- und Enddatum muß auf den Karten eingetragen sein. Nach Ablauf der Gültigkeitsdauer dürfen Waren auf die Karten nicht mehr verpackt werden. Jede Lebensmittelkarte gilt nur für eine Person und ist nur dann gültig, wenn sie auf der Rückseite die Bezeichnung der Ausgabestelle trägt. Auf Karten, welche nicht mit der Bezeichnung der Ausgabestelle versehen sind, dürfen keine Waren entnommen und abgegeben werden.

An Stelle der bisher nur im Bereich des Kommunalverbandes gültigen Brotkarten treten für das ganze Reichsgebiet geltende Reisbrotmarken.

Bis auf weiteres werden Zusatzkarten für Binnenschiffer, die ebenfalls für das ganze Reichsgebiet gelten, ausgegeben.

Die Ausgabe der Lebensmittelkarten und Reisbrotmarken für Binnenschiffer sowie der Anweisung zur Entnahme dieser Karten ist für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck die Polizeiwache am Burgtor in Lübeck.

Die Lebensmittelkarten enthalten vier Abschnitte für je eine halbe Woche:

- 1) für Fleisch oder Fleischwaren oder Speck.
- 2) für Butter oder Speisefett.
- 3) für Zucker.
- 4) für Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linjen) oder Reis oder Grieß oder Graupen oder Teigwaren (Nudeln).
- 5) für Kartoffeln.

Auf je zwei Abschnitte darf von den einzelnen Warengruppen nur die jeweilige für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck vorgeschriebene eine Wochenmenge gefordert und abgegeben werden, und zwar:

- 1) Fleisch oder Fleischwaren oder Speck bei den hiesigen Schlachtern.
- 2) Butter oder Speisefett in dem Buttergeschäft von Eisinger, Breite Straße 15, bei dem Schiffshändler Carl Weicher, Untertrave 18, in den Verkaufsstellen der Haus- u. Meiserei, Engelsgrube 70 und Engelswisch 26.
- 3) Zucker bei den Kolonialwarenhändlern Franz Schwedt, Gr. Burgstraße 29, und Ernst Voh, Gr. Burgstraße 59, bei dem Schiffshändler Carl Weicher, Untertrave 18, in den Krämereien von Margarethe Meyer, Kupferstraße 3, und Emilie Siemsen, Untertrave 27.
- 4) Hülsenfrüchte (Erbsen, Bohnen, Linjen) oder Reis oder Grieß oder Graupen oder Teigwaren (Nudeln) bei den Kolonialwarenhändlern Franz Schwedt, Gr. Burgstraße 29, und Ernst Voh, Gr. Burgstraße 59, bei dem Schiffshändler Carl Weicher, Untertrave 18, in den Krämereien von Margarethe Meyer, Kupferstraße 3, und Emilie Siemsen, Untertrave 27.
- 5) Kartoffeln nur gegen Kartoffelkarte, welche gegen Rückgabe der entsprechenden Abschnitte der Lebensmittelkarte für Binnenschiffer und unter Vorlegung der Anweisung zur Entnahme von Lebensmittelkarten in der Städtischen Kartoffelstelle, Königsstraße 13, ausgegeben werden.

Überdies wird darauf hingewiesen, daß für die unter 4) angeführten Waren ein Anspruch nur in der Höhe und solange besteht, wie im Bezug durch die Nahrungsmittelverteilungsstelle festanzugeben ist; der Anspruch erstreckt auf alle Fälle, sobald der den obengenannten Verkaufsstellen überlassene Vorrat geräumt ist.

In § 3 angeführten Verordnungen haben die Abschnitte der Lebensmittelkarten, getrennt nach den einzelnen Warengruppen und unter Bezeichnung eines unterzeichneten Verzeichnisses, höchstens bis zum 5. jeden Monats für den verfloffenen Monat bei der Nahrungsmittelverteilungsstelle, Schlachthof 18, II, die Abschnitte der Reisbrotkarten und Zusatzkarten wie bisher bei der Geschäftsstelle des Polizeiamtes, Breite Straße 65, I, einzuweisen. Die Karten haben in den Fällen, in denen „Grieß“ oder „Teigwaren“ abgegeben werden, das Wort „Grieß“ oder „Teigwaren“ unter Angabe der verpackten Mengen auf der Rückseite der entsprechenden Abschnitte zu vermerken.

Wer den Vorschriften dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird nach § 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das Polizeiamt.

# Verordnung

## über die Versorgung der Binnenschiffer mit Lebensmitteln.

Das Polizeiamt verordnet auf Grund des § 12 Ziffer 5 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September/4. November 1915 und unter Aufhebung seiner Verordnung vom 18. Oktober 1916:

Die in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen und die sie begleitenden Familienangehörigen werden, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, durch den Kommunalverband Lübeck nach den gleichen Grundsätzen wie die übrige verorgungsberechtigte Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt, wenn sie die von der zuständigen Behörde ihres Heimatstaates oder von der Hafenbehörde des Antriebsortes der Fahrt ausgestellten Ausweise vorlegen, in welchen der Vor- und Zuname des Berechtigten, sein letzter Wohnort und die Bezeichnung des Schiffes (Name oder Firma) eingetragen sind.

Gegen Vorlegung der Ausweise werden den berechtigten Personen die für die Dauer ihres Aufenthaltes in Lübeck und während der Weiterfahrt bis zum nächsten Inlegeort erforderlichen Lebensmittelkarten sowie bis auf weiteres Fleischzusatzkarten ausgehändigt. Tag, Zahl und Geltungsdauer der ausgegebenen Karten werden von der Ausgabestelle in den Ausweisen vermerkt.

Während der Geltungsdauer der auf Grund dieser Ausweise ausgestellten Lebensmittelkarten ruht die Versorgung der Schiffer durch den Heimatkommunalverband.

Für diejenigen Personen, welche die Fahrt von Lübeck aus antreten, wird der im § 1 bezeichnete Ausweis vom Polizeiamt ausgehändigt.

Wer zur Erlangung von Ausweisen oder Lebensmittelkarten unrichtige Angaben macht, wird nach § 17 der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Mk. 1500 bestraft.

Das Polizeiamt.

Am Mittwoch vormittag entschließ sanft nach langen, mit großer Geduld ertragenen Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester und Schwägerin

### Frau Anna Busch geb. Steinfeld

im 48. Lebensjahre, auf tiefste Betrauer von den Ihrigen.

Heinrich Busch, Hans Martinus, zurzeit im Felde, und Frau geb. Busch.

Gustav John, zurzeit im Felde, u. Frau geb. Busch. Moislung, d. 12. Juli 1917.

Die Beerdigung findet am Montag, d. 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, in Gemin von der Kirche aus statt.

## Arbeiter

zum Holzspalten. 1776 Lüb. Genossensch.-Bäckerei.

Gesucht zu sofort eine Frau,

die in Stockelsdorf bekannt ist oder dort wohnt, zum Ausfragen von Zeitungen dortherbst. Zu melden Expedition des Lüb. Volksbote, Johannisstraße 46.

Taschenuhren Wanduhren Weckuhren Schmucksache Verlobungsringe Willi Westfahlung.

32 Holstenstrasse 32

Sonntag, den 15. Juli, von 7-9 Uhr morgens

Platzverkauf von Koks. Christian Gäde 1774 Wallhalbinsel bei d. Drehbrücke.

Rechnungs-Formulare werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

## J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daun. Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

## Visitenkarten

liefert schnellstens Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

## Kaninchenzucht-Verein

für Lübeck u. Umgegend von 1895.

## Außerordentliche General-Versammlung

am Sonnabend, dem 14. Juli 1917 abends 8 Uhr (1769 im Vereinslokal Lindenstr. 13. Tagesordnung: u. a. Beitragserhöhung. Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Hansa-Theater.

Freitag, den 13. Juli, abends 8 Uhr Gastsp. d. Hrn. Fischer-Achten

## Hasemanns Töchter.

Sonnabend, den 14. Juli abends 8 Uhr: (1773) Das Pensionsschwein.

## Stadthallen-Sommertheater

Freitag, den 13. Juli 1917: Anfang 8 Uhr: Die Puppe.

Sonnabend, den 14. Juli 1917: Anfang 8 1/4 Uhr Gastspiel von Eva Gron Der Redaktionsengel.

Sonntag, den 15. Juli 1917: Anfang 7 1/2 Uhr: Die Landstreicher.

## Die Rolle Brantings.

Zu der Göteborger Wochenchrift „Bibi“ heißt es: Griechenland ist „befreit“ worden. Au wen kommt nun die Reihe? In Schweden hat der Verband sehr willige Diener. Wir haben unseren eigenen kleinen Haus-Venizelos, unseren geliebten „Sir“ Hjalmar Branting. Unbestreitbar schlägt er alle Rekorde in zielbewußter Unverschämtheit und eifrigen Versuchen, sein Land ins Unglück zu stürzen. Sir Hjalmar war dieser Tage in Christiania und veräußerte natürlich nicht, sich die beschlagnahmen Bomben anzusehen. Das inspirierte seine anglophile Seele zu einem langen Telegramm, in dem er unserem Auswärtigen Amte untersandte, bei der Angelegenheit keine reinen Hände zu haben. Die Regierung hat diese Insinuation des schamlosen Schmähers scharf zurückgewiesen. Leider hat sie ihn nicht in Unklagezustand versetzt. Anscheinend denkt Erzelung Lindmann wohl, Branting steht so tief, daß der von ihm ausgewählte Schmutz ihn nicht erreichen kann. Darin mag Herr Lindmann recht haben. Branting ist eine betrübliche Figur, betrübend als Mensch, noch betrübender als Schwede und am betrübendsten als Leiter einer großen politischen Partei, welche die Worte Friede und Neutralität auf ihrem Banner trägt.

Das ist gewiß reichlich hart gesprochen. Aber es fragt sich doch, ob es der Wahrheit nicht näher kommt als die Selbstreinigungversuche, die Branting jüngst unter Zuhilfenahme der deutschen Parteipresse unternahm. Die Chemiker „Volksstimme“ hat nämlich folgenden Brief von ihm veröffentlicht, der sein Verhalten in der Hoffmann-Grimm-Affäre rechtfertigen soll:

Christiania, 28. Juni 1917.

Wertes Genosse

Infolge dessen beziehe ich mich, Ihnen kurz mitzuteilen, daß die deutsche (und österreichische) Regierungsprelle aller Schattierungen, welche mich neulich wegen der Veröffentlichung im Stockholmer „Socialdemokraten“ wütend angegriffen hat, dabei ganz verschwiegen hat, daß die Depesche von Hoffmann an Herrn Odier in Petrograd, die dem Herrn Grimm mitgeteilt werden sollte, schon eine Woche vor der Veröffentlichung im „Socialdemokraten“ in Petrograd bekannt war u. der Unterzeichnung der Verhältnisse Grimms seitens der sozialistischen Minister Tsereteli und Skobelev zugrunde gelegen hat. Stockholm hat folglich in dieser Geschichte nur die Rolle eines Vermittlers für die Öffentlichkeit des übrigen Europa außerhalb Rußlands gespielt. Die Skandale waren schon da — denn es ist und bleibt ein Skandal, daß ein Minister in einem neutralen Lande sich dazu hergibt, für einen Separatfrieden an die Aktion zu wirken, das heißt, die Zerreißung der einen der beiden kämpfenden Mächtegruppen anzubahnen zu versuchen. War er dabei auch von den an sich aller Achtung werten Bestrebungen für den Frieden ganz erfüllt, als neutral wird seine Haltung niemals gelten können, und daß er selbst das auch anerkannt hat, zeigt sowohl die Tatsache, daß er sich genau gehütet hat, seine Kollegen in der schwedischen Regierung über sein Vornehmen zu unterrichten, wie auch sein Zurücktreten, nachdem die Sache in die Öffentlichkeit gekommen.

Was Herrn Grimm anbetrifft, verliere ich über ihn kein Wort. Seine Verteidigungsversuche sind von unseren russischen Genossen, die wirklich nicht im Verdacht stehen, chauvinistische Kriegsenthusiasten zu sein, als gänzlich ungenügend abgewiesen worden. Von schwedischen Gesinnungs-genossen wurde er nachher gezwungen, sein Amt und seine Würden in der Zimmerwalder Versammlung niederzulegen. Noch weitere Untersuchungen über sein Verhalten sind in Aussicht gestellt.

Die ganze Grimm-Affäre steht übrigens bei uns in Skandinavien ganz im Schatten wegen einer anderen viel erlufterten Sache, worüber ich mich jedoch nicht verbreiten kann, weil offenbar die deutsche Presse bis

auf weiteres darüber keine Informationen bringen möchte. Vielleicht werden jedoch die offiziellen Erklärungen, die der norwegische Minister des Auswärtigen vor ein paar Stunden im Storting gemacht hat, auch Ihnen bekannt sein. Mit dieser Affäre, gar nicht mit der Veröffentlichung eines schon in Petrograd bekannten Dokuments beschäftigt sich jetzt bei den nördlichen Nachbarn Deutschlands die erregte öffentliche Meinung, ohne Unterschied der Partei.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
gez. H. Branting, zurzeit Christiania.

Die Affäre, auf die Branting zuletzt anspielt, und die ihm ein bequemer Vorwand zu sein scheint, seine traurige Rolle in der Bergessenheit geraten zu lassen, ist die norwegische Bombenaffäre, über die völlige Aufklärung von deutscher Seite noch zu erwarten ist. Was Brantings Ausflüchte und seine gemachte Entrüstung über die von dem früheren schweizerischen Außenminister angeblich geförderte Sonderfriedensaktion angeht, so stimmen wir völlig überein mit dem „Norddeutschen Volksblatt“, das dazu schreibt:

Der Brief läßt Brantings Standpunkt deutlich erkennen. Er hält die Tätigkeit Hoffmanns also für einen Skandal, weil durch sein Vorgehen die Zerreißung einer der beiden Mächtegruppen beabsichtigt sei. Die Brantingsche Entrüstung in allen Ehren, daß er aber heute noch nicht weiß oder zugeben will, ein falsches Telegramm veröffentlicht zu haben, ist einigermaßen auffällig. Hoffmann hat einwandfrei nachgewiesen, daß er nicht den Sonderfrieden, sondern Verhandlungen der ganzen Mächtegruppe, der Rußland angehört, anbahnte. Der Grund zu der Brantingschen Entrüstung ist also gar nicht vorhanden. . . .

## Aufhebung des Belagerungs-zustandes.

Vier pazifistische Organisationen, die Deutsche Friedensgesellschaft, der Bund Neues Vaterland, der Nationale Frauenausschuß für dauernden Frieden und die Zentralstelle Völkerrecht, haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, die darauf hinausgeht, daß entweder durch völlige Aufhebung des Belagerungszustandes oder durch ein Notgesetz zur Abänderung des Belagerungszustands-Gesetzes die gezielte gewählte Verjämmerungs-, Vereins- und Pressefreiheit wiederhergestellt und die Zensur auf rein militärische Angelegenheiten beschränkt werde.

Zur Begründung ist der Petition eine umfangreiche Denkschrift beigegeben, die ein reiches Material über die Wirkung des Belagerungszustandes und die Handhabung der militärischen Machtbefugnisse, besonders in ihrer Anwendung auf die pazifistischen Organisationen und deren Mitglieder darbietet.

Die Petenten glauben, durch diese Denkschrift den Beweis dafür führen zu können, daß die ihnen zuteil werdende Behandlung sich nicht nur als willkürliche Unterdrückung charakterisiert, sondern auch im offenbaren Widerspruch zu allen sonst, selbst unter der Herrschaft des Belagerungszustandes anerkannten Grundgesetzen stehe. Sie machen auch geltend: durch Unterdrückung des deutschen Pazifismus arbeiteten die militärischen Befehlshaber denen in die Hände, die den erlahmenden Kriegseifer im feindlichen Ausland und die für Deutschland ungünstige Stimmung im neutralen Ausland immer wieder durch die Behauptung aufrechten: wenn dieser fürchterliche Krieg durch einen dauernden Frieden gesichert werden sollte, sei es notwendig, Deutschland, das sich der friedlichen Organisation in der Welt widersetze, niederzukämpfen.

Aus den Einzelergebnissen der Denkschrift sei hervorgehoben, daß den pazifistischen Vereinen zum Teil jede Art von Tätigkeit, selbst der Verkehr mit den Mitgliedern, anderen aber jede nach außen gerichtete Tätigkeit einschließlich des Verkehrs mit der Presse, untersagt ist.

Das Material beansprucht, von dem nächsten Zweck der Petition abgesehen, auch das Interesse derer, die dem Pazifismus selbst ablehnend gegenüberstehen. Bei einer Revision des Belagerungszustands-Gesetzes, deren Notwendigkeit ja allerseits anerkannt ist, wird man nicht daran vorübergehen können.

In den Beilagen zur Denkschrift findet man eine Sammlung von Dokumenten des Pazifismus, deren Veröffentlichung oder Verbreitung von den Militärbehörden untersagt wurde. Sie dienen nicht nur zur Charakteristik der militärischen Maßnahmen, sondern geben auch ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der deutschen Pazifisten und ihren Bestrebungen, besonders während des Krieges.

## Die russische Partei der Volksfreiheit gegen den Sonderfrieden.

Trotz aller einstimmigen Erklärungen, die den Gedanken des Sonderfriedens mit Deutschland aufs schärfste verurteilen, scheint dieser in Rußland nicht tot zu sein. Es muß offenbar starke Strömungen geben, die bei der fortgesetzten Weigerung der westlichen Entente Staaten auf Eroberungen zu verzichten, den Sonderfrieden doch für den denkbar einzigen Ausweg aus der Kriegskatastrophe halten. Das geht daraus hervor, daß noch immer gegen den Sonderfrieden ein lebhafter Feldzug geführt wird.

So hat am 16. Juni in Petersburg nach dem „Nietich“ eine zahlreich besetzte Konferenz der Dumamitglieder stattgefunden, an der die hervorragendsten Führer der Partei der Volksfreiheit (Kadetten-Partei) teilgenommen haben, u. a. Miskulow, Maklaw und Schulgrin. Den Vorsitz führte Rodzianko. Nach langen Debatten und Reden wurde einstimmig eine Erklärung angenommen, die noch einmal ganz ausführlich zu beweisen sucht, daß „ungeachtet aller anderen Forderungen und Verböthen der führenden russischen Regierung“ doch Deutschland an Kriegsausbruch allein schuld sei. Deutschland allein habe sich seit Jahren bis ins Kleinste auf den Krieg vorbereitet, und deswegen habe der Krieg bei der starken deutschen Sozialdemokratie auch einen lebhaften Beifall gefunden. Deutschland wolle durch den Krieg Boden und Geld erwerben, insbesondere seinen „Drang nach dem Osten“ ausleben und Rußland, Kleinasien und Mesopotamien zu seinen Kolonien machen. Dann fährt die Erklärung fort:

„In Würdigung des Anbegriffs alles dessen, was zum gegenwärtigen von uns erlebten Momente geführt hat, sind die Mitglieder der Reichsduma der Meinung, daß die Schließung eines Sonderfriedens mit Deutschland oder die eines faktischen Waffenstillstandes mit ihm, der Verzicht Rußlands auf den Kampf zu einer Zeit, wo die anderen Mächte heroische Anstrengungen machen, um den Krieg zu seinem Ende zu führen, einen gemeinen Verrat den Verbündeten gegenüber bedeuten würde, einen Verrat, den die kommenden Geschlechter unserer ihn verübenden Generation nie und nimmer verzeihen würden. Durch einen Sonderfrieden würde Deutschland alle jene Ziele erreichen, die es auf dem Wege materieller Machtmittel angestrebt hat. Ein derartiger Friede würde Rußland von dem übrigen Europa moralisch abschneiden, denn der russische Name würde in allen Ländern, wo Treue geschätzt und Verrat gebrandmarkt wird, der ewigen Berachtung preisgegeben werden. Durch einen derartigen Frieden würde Rußland in einen Zustand des Vasallentums gegenüber den Zentralmächten hineingeraten, denn es würde von der ganzen übrigen Welt dadurch getrennt dastehen. Das ganze russische Reich würde in eine deutsche Kolonie verwandelt werden, die nach dem von deutschen gelehrten Theorien ausgearbeiteten Rezept ausgebeutet werden würde, nach der Theorie, daß das Slaventum als eine niedriger stehende Rasse den Dünger für die deutsche Kultur abzugeben habe.“

In dieser fürchterlichen Stunde erachten es die Mitglieder der Reichsduma für ihre Pflicht, das Land daran zu erinnern, daß Rußland vor die fürchterliche Frage „Sein oder Nichtsein“ gestellt ist. Die Reichsduma erachtet es für ihre Pflicht, sich an Rußland und alle Bürger, insbesondere an alle Krieger des russischen Landes zu wenden und sie daran zu gemahnen, daß das Schicksal des Landes in ihren eigenen Händen liegt, und daß die Abgabe an die allgemein-nationale, allgemein-menschliche Sache, die uns mit den Alliierten verknüpft, die Sitawerei unter dem deutschen Joch zu bedeuten würde.“

## Es sauft das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.  
Von Dorothy Richardson.  
Einzig berechnigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

81. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aus was die Suppe bestand, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß sie ganz vorzüglich war, und es schmeckte mir alles so gut, daß ich sogar meinen Seidel Bier austrank, obwohl ich sonst nie eine Freundin von Bier gewesen war.

Ich fragte Mrs. Mooney während des Essens, wie lange sie schon in der Wäscherei arbeite.

„Alles in allem etwa eininhalb Jahre,“ sagte sie, „aber ich muß manchmal eine Pause machen, denn dann wird meine Gesicht so schlümm, daß ich überhaupt kaum mehr kriechen kann. Und wenn der Körper nicht will, dann will er eben nicht, und dann hat es gar keinen Zweck, ihn zwingen zu wollen. Dann bleibe ich eben mal eine Weile daheim, aber das ist so langweilig und trostlos, daß ich immer wieder heilfroh bin, wenn ich wieder anfangen kann.“

Die Tage gingen und wir bemühten uns, unser Leben so „gemühtlich“ wie möglich einzurichten; wir schlüfteten vom Morgen bis in die Nacht, freuten uns jeden Tag aber doch wenigstens auf das Denkinische Mittagbrot. Als und zu gab es auch eine kleine Abwechslung, wenn der Vorarbeiter für ein Weibchen an unseren Tisch trat, uns beim Zusammenlegen half und mit Jane und mir plauderte.

In Jane schloß sich mehr und mehr die Ueberzeugung fest, daß ich unbedingt den Vorarbeiter heiraten müsse, und eines Sonntags, als er gerade in einer Dampfmaschine vor uns verkehrte, nieste sie nachdenklich und flüsterte mir dann zu:

„Er ist so verliebt in Sie, daß er Sie sicher bald ins Theater einladen wird; warten Sie nur!“

Am Nachmittag dieses Tages kam wieder der Chef angefahren. Er schlängelte sich nach und nach an unseren Tisch heran, machte allerlei anzügliche Witze und fragte uns nach unseren Namen. Als er ganz in meiner Nähe stand, grinste er mich frech an. Kniff mich in den nackten Arm, so daß ich aufschrie und ging ganz ungeniert weiter, als sei gar nichts weiter geschehen.

Bald darauf kam der Vorarbeiter, winkte mir und deutete mir, in den vorderen Teil des Saales zu gehen, wo der Chef, eine Zigarette im Munde, stand und mit den Parkierinnen scherzte.

Der Vorarbeiter zog sich distret zurück und der Chef sah mich eine Weile schief an und sagte dann, vom Montag ab solle ich eine Stelle als Packerin haben.

„Und nun gehen Sie, und seien Sie den Rest des Tages über möglichst flink“, sagte er hinzu und machte mir ein Zeichen, daß ich entlassen sei. Ich ging an meinen Arbeitsplatz zurück und fand, daß er so widerlich sei, daß ich gar keine rechte Freude an der neuen Stelle hatte, die mit fünf Dollar in der Woche bezahlt wurde.

„Habe ich es mit nicht gedacht!“ rief Jane halblaut, als ich ihr von der Veränderung erzählte. „Das hat sicher nur der Vorarbeiter zustande gebracht! Und das freut mich jetzt wirklich!“

Die anderen hingegen meinten, der Vorarbeiter habe mit der Sache gar nichts zu tun und erzählten eine Menge mehr oder minder glaubwürdiger Geschichten von verführten und verlassenen Mädchen, in denen der Chef immer wieder die Rolle des gewissenlosen Schurken spielte.

Nun war ich es, auf die ich die allgemeine Aufmerksamkeit richtete; aber mir war es völlig einerlei, denn mein Rücken und meine Beine schmerzten mich dermaßen, daß ich für nichts mehr Sinn und Interesse hatte.

Ich war gerade dabei, mit dem gleichgültigsten Gesichte von der Welt meine Servietten zusammenzuliegen, als der Vorarbeiter vorbitam und mir ein kleines Stück braunes Packpapier in die Hand drückte.

„Lesen Sie das, wenn niemand es sieht,“ flüsterte er, und seien Sie nicht böse, daß ich mich in Dinge einmische, die mich vielleicht nichts angehen.“

Etwas später las ich:

„Sie müssen hier sofort aufhören; ich rate Ihnen dringend dazu. Holen Sie Ihr Geld am Montag ab. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich nicht bis Arbeitsloß warten, sondern heimgehen und mich ausruhen. Wenn Sie in einigen Tagen noch keine Stellung haben sollten, wird meine Schwester Ihnen noch verschaffen. Vor allen Dingen aber bleiben Sie nicht hier.“

Und zeigen Sie dies niemandem, denn sonst bin ich meine Stellung los. Auf Montag also!

Ich zögerte keine Minute, sondern ging schnurstracks von der Arbeit weg in die Garderobe. Als ich aus ihr heraustrat, war der Gang durch einen großen Wäscheforb versperrt und der Vorarbeiter stand über ihn gebeugt und sortierte die Wäsche mit einem Cifer, als gebe es für ihn nichts Interessanteres auf der ganzen Welt. Plötzlich sah er von der Arbeit auf und rief mir zu:

„Geda, es ist aber noch nicht sechs!“

„Das ist mir gleich. Ich will heim.“

„Ja, was ist denn los?“ rief er absichtlich laut, damit die anderen es hören sollten. Dann flüsterte er: „Haben Sie den Zettel gelesen?“

„Ja.“

„Sie wundern sich wohl, warum ich das getan habe?“

„O, nein, ich glaube, Sie zu verstehen.“

Wir waren bis an die Ausgangstür gekommen und kümmerten uns nicht weiter darum, daß die anderen durch die Dampfmaschinen neugierig zu uns herübersehen. Als ich mich umwandte, um die Treppe hinabzugehen, griff der Vorarbeiter nach meiner Hand und drückte sie kräftig.

„Einiges scheinen Sie verstanden zu haben, aber nicht alles,“ flüsterte er und ging langsam in den Arbeitsaal zurück.

Ich schritt langsam die Straße hinauf und kam zur Lexington Avenue, als es gerade sechs tute. So weit entfernte ich mich noch der Dinge, die um mich her vorgingen, dann ging ich wieder lange wie eine Schlafwandlerin und waagte erst wieder auf, als ich gegen einen Menschen stieß und hörte, wie eine weibliche Stimme um Verzeihung bat. In demselben Augenblick tauchte ein kleiner Schrei, zwei Arme griffen nach mir und ich sah in Minnie Plymtons lächelndes Gesicht. Sie war nett und geschmackvoll, wie immer, gekleidet in ihrer schneeweißen Hemdbluse und dem großen Watrosenhut; — zuerst vermochte ich es gar nicht zu fassen, daß sie es auch wirklich sei, aber dann klang mir sie in mich an sie und begann vor Freude zu weinen. . . . Der Uebergang von all dem Schrecklichen, das ich erlebt hatte, zu diesem glücklichen Zusammentreffen war zu plötzlich gewesen. . . .

Wir standen gerade an einer Straßenkreuzung, und an dieser Kreuzung sollten auch meine Lebenswege in dieser Stunde einander schneiden. Oja, wenn ich an dieser Stelle abends gegen sechs Uhr vorbeigehe, wird die Erinnerung wieder in mir lebendig, und ich muß daran denken, wie ich an jenem sonnigen Juni-Abend hier Minnie Plymton traf. . . .

„Wie blaß und abgemagert du aussehest!“ rief Minnie. „Bist du denn lange krank gewesen? Jetzt komm mal mit mir! Jetzt gibt es daheim heißen Tee und Abendessen und dann sofort ins Bett, mein Kind!“

Sie zog mich, ohne eine Antwort abzuwarten, mit sich fort und ich ließ mich willig ziehen, denn ich war ja nach langer Zeit wieder so unendlich froh und dankbar und glücklich.

Schluß folgt.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Abstellung der Beschwerden über Eljas-Rothbringer zugefagt.

Wegen der Zustände in Eljas-Rothbringer hatten die Reichstagsabgeordneten Böhl (S.D.), Schrenbach (Z.), Haub (Elässer), Wenzel (S.D.) mit dem Oberst v. Wisberg und einem andern Vertreter des Kriegsministeriums eine Unterredung. Bei der Besprechung, die sich hauptsächlich um die Schutzhaftfrage drehte, wurde in wichtigen Punkten eine Einigkeit erzielt. Die Prüfung und eine mögliche Abstellung der vorgebrachten Beschwerden wurden zugesagt.

### Zensur gegen Immunität.

Laut Verfügung der Oberzensurbehörde (Nr. 25 674) ist die Verbreitung der Druckschrift „Frieden der Verständigung, Reichstagsrede von Philipp Scheidemann“ entgegen dem Artikel 22 der Reichsverfassung verboten worden; und zwar mit der Begründung:

„Dem Recht des Abgeordneten Scheidemann auf Bekanntgabe seiner Äußerungen im Reichstag ist durch seinerzeitige Veröffentlichung der Reichstagsverhandlungen in der gesamten Presse Genüge geschehen. Die Rede unterliegt, wenn sie aus dem Rahmen der Reichstagsverhandlungen herausgenommen und zu Propagandazwecken durch Flugblattverbreitung verwertet werden soll, wie jede andere Veröffentlichung den Zensurbestimmungen. Da sie an zahlreichen Stellen gegen die geltenden Bestimmungen verstößt, kann die beabsichtigte Verwertung nicht gestattet werden.“

Die Ungezogenheit der „Lehmanns Kriegsziele“ wird ungehindert von den Zensurstellen, im ganzen Staat in großen Massen verbreitet.

Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um dem verletzten Recht Geltung zu verschaffen. Ebert.

### Aus dem Betricbe der Kriegslieder-A.-G.

Eine von einigen Zentrumsabgeordneten im Reichstage eingebrachte Anfrage wirft ein eigenartiges Schlaglicht auf die Prinzipien, nach denen in der Kriegslieder-A.-G. gearbeitet wird. In der Anfrage wird festgestellt, daß die Gesellschaft nach Ende April die Waldheiser aufgefördert hat, so viel als möglich Kinde zu gewinnen und zur Verfügung zu stellen. Das sei vaterländische Pflicht, und die Verantwortung für eine spätere Verhütung und Verknappung mit ihren unübersehbaren Folgen für Heer und Reich würde die Waldheiser treffen, wenn sie nicht die ihnen möglichen Mengen Gerörinde heranschafften würden. Danach mußte angenommen werden, daß die aufbereitete Kinde gute Abnahme findet. Statt dessen hat die Gesellschaft alle Angebote auf Flächenrinde zurückgezogen und sämtliche Kinde einfaure vorläufig eingestellt. So ergibt sich, das merkwürdige Bild, daß mitten in der Kriegszeit bei größtem Leutenmangel und dringenden leuchtigen Arbeiten von obenherunter zum Kindehalten energisch aufgefordert wird und die geschälte Kinde dann unzerfäulich bleibt. Der Reichsminister wird aufgefordert, bekanntzugeben, was er zu tun gedenkt, um Abhilfe zu schaffen.

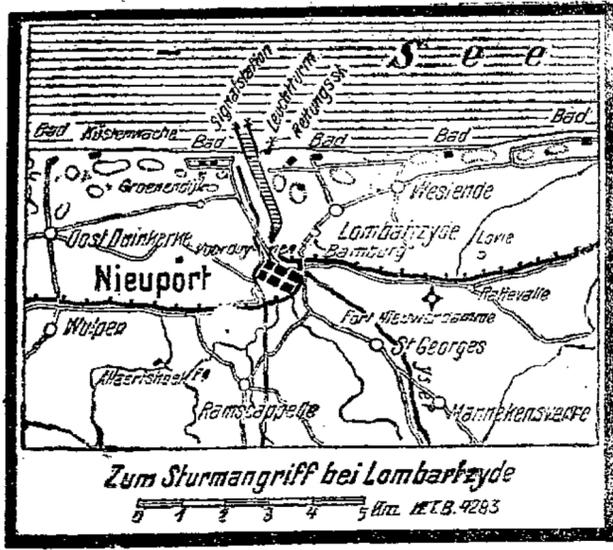
### Oesterreich-Ungarn.

Für den Frieden. In der Ministerratung des ungarischen Abgeordnetenhauses keimten am 11. d. M. die Präsidenten Eterhazy die vor einigen Tagen in der Angelegenheit der auswärtigen Politik und des Verhältnisses zu Oesterreich an ihn gerichtete Interpellation des Barons Madarasz-Bea, indem er ausführt: Wir halten ununterbrochen an dem so glänzend bewährten Bündnis der Monarchie mit Deutschland. An unsere ehrliche, loyale und feste Bündnistreue vermag selbst der geringste Argwohn des Zweifels nicht heranzureichen. Die Regierung teilt in dieser Beziehung völlig den Standpunkt der vorigen Regierung, und deshalb ist der ungenügende Fortbestand unserer Bündnistreue zu betonen. Wir führen diesen Krieg als Verteidigungskrieg, und unser Friedensziel ist nicht Eroberung. (Lebhafte Beifall auf allen Seiten des Hauses.) Wir lassen unsere Feinde nicht im Zweifel darüber, im Gegenteil, wir haben vor der ganzen Welt ein klares Zeugnis abgelegt für unsere Friedensbereitschaft. Unsere Feinde wissen dies sehr wohl. Sie wissen, daß diese unsere Bereitschaft besteht und ohne mals fides gar nicht in Zweifel gezogen werden kann. (Beifall links und rechts.) Wir haben unser Friedensangebot in vollem Einvernehmen mit unseren Bundesgenossen gemacht, wir haben betont, daß es sich um einen für sämtliche kriegführenden Parteien annehmbaren, ehrlichen Frieden handeln würde, und wir haben dadurch ein klares Zeugnis für die Friedensbereitschaft unserer ganzen Machtkategorie abgelegt. (Beifall.) Nicht an uns, sondern an unseren Feinden liegt es, daß der Friede zustande kommt. (Lebhafte Beifall.) Auf unseren Feinden lastet die Verantwortung für die Fortdauer des Krieges. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Ich habe es für notwendig gehalten, dies mit besonderem Nachdruck zu betonen; ich wünsche zu betonen, daß, wenn irgendeine Sezession, die jenseits einzelner die gegenwärtige Regierung unterstützender Abgeordneter getan wird, mit dem letzten besprochenen Standpunkte nicht übereinstimmen sollte, dies vollkommen auf eigene Verantwortung der Betreffenden geschieht. (Allgemeiner Beifall.)

Die Antwort wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Baron Julius Madarasz-Bea legte Beschwerde dagegen ein, daß keiner jüngsten Interpellation eine kriegsgehörige Antwort unterbreitet wurde. Heute gebe es keine Kriegspolitik, sondern nur eine Friedenspolitik. Er sei überzeugt, daß heute mit ihm jeder Ungar den Frieden anstrebe. Um aber dieses Ziel zu erreichen, müsse man sich darin einig sein, daß der Friede nur ein die Unverletzlichkeit der ungarischen Grenzgebiete und die häusliche Unabhängigkeit überdauernder ehrlicher Friede sein könne.

Graf Michael Karolyi verwahrte sich in Bezug auf die Ausführungen des Vorredners dagegen, daß er mit seiner Friedensbetonung die Interessen der Kaiserin untergraben wolle. Die Ereignisse der letzten Tage hätten ihn vollkommen gerechtfertigt, denn im Mittelstand der Krise in Deutschland habe die Friedensfrage. Auch dort möchte jedermann den Frieden, doch genüge es nicht, den Frieden herbeizujagen, man müsse auch handeln. (Beifall links, Reife rechts.) Sagen Sie das Lloyd (George)! Graf Czernin bezeugte sich auch nicht auf diese Worte, er sei mit Taten hervorgetreten, indem er den Frieden wolle. Er habe bereit, einen Frieden ohne



Zum Sturmangriff bei Lombardzyde

Annexionen zu schließen.“ (Beifall links.) Die Friedensfrage sei eine internationale Frage, ihre Vorbedingung sei die Demokratisierung jedes Landes.

### China.

Die Lage. Reuters meldet aus London: Wie der Daily Mail aus Tientsin berichtet wird, erließen die republikanischen Generale eine Proklamation, in der erklärt wird, daß die Kaiserlichen sofort die verbotene Stadt und den Palast zu räumen hätten, da sonst die Republikaner die verbotene Stadt und den Palast erlöschten würden.

In Tientsin hat bereits Quax Tchi Kai Vorbereitungen getroffen, um die republikanischen Beamten nach Peking zu bringen, um die Regierung wiederherzustellen.

### Der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag zur Übergangswirtschaft und zur Lehrlingsfrage.

Den Einfluß der Handwerks- und Gewerbeämtern darf man nicht unterschätzen. Besonders auf dem Gebiete der Lehrlingsfrage ist ihr Einfluß in Friedenszeiten von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Von ihnen wurden durchweg die Lehrenträge ausgearbeitet und im Vordruck der Innungen und Unternehmervereinigungen zur Einführung übermietet. Auch bei der jetzigen zwangsläufigen Rohstoffverknappung machen die Handwerks- und Gewerbeämtern ihre Sonderwünsche geltend, sie bilden sogar besondere Rohstoffverknappungsgesellschaften. Unter Führung des bekannten Herrn Rehardt wurde unlängst eine Berufsvereinigung für das Buchbindergewerbe gegründet, wobei gleichzeitig die Vereinigungen der Großbetriebe ausgeschaltet wurden, obgleich erst kurz vorher mit der Reichsregierung eine Vereinbarung erzielt worden war, wonach die Unternehmervereinigungen für das Tischlergewerbe, Sticker-, Maler- und Anstreicher- und das Buchbindergewerbe einen eingetragenen Verein mit dem Sitz in Berlin bilden sollen, der die Befugnis erhält, die Anmeldung des Leimbetriebs von allen betreffenden Betrieben als allein zuständige Stelle entgegenzunehmen. Für eine im Späthommer vorgezeichnete Tagung der deutschen Handwerks- und Gewerbeämtern sind u. a. Vorschläge für die Rohstoffverknappung des Handwerks während der Übergangswirtschaft ausgefertigt. Es wird gefordert: 1. Eine angemessene Vertretung des Handwerks beim Reichstagsamt für die Übergangswirtschaft; 2. Dem Handwerk ist während der Übergangswirtschaft von allen staatlich bewirtschafteten Rohstoffen ein bestimmter Anteil zu sichern; 3. Zur Verteilung des auf das Handwerk entfallenden Anteils an Rohstoffen sind die geschäftlichen und wirtschaftlichen Organisationen des Handwerks heranzuziehen.

Zur Lehrlingsfrage macht der Hauptausführer Vorschläge, aus denen wir als wichtigstes folgendes herausgreifen: Einleitend wird gesagt, daß die Fürsorge für einen geeigneten Nachwuchs des Handwerks in erster Linie Pflicht der Handwerks- und Gewerbeämtern sei. Als geeignete Maßnahmen kämen in Betracht: a) die planmäßige Einführung der aus der Schule entlassenen Jugend, daß nicht eines augenblicklichen, oft nur vermeintlichen Vorteils wegen ohne Rücksicht auf ihr späteres Fortkommen, ungesicherten, oder solchen Risiken zugewandt, die erfahrungsgemäß schon an Ueberfüllung leiden; b) die Schaffung von Einrichtungen und Veranstaltungen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zugunsten des Handwerks zu beeinflussen, z. B. die Abhaltung von Ausstellungen mit Prämierung gut ausgebildeter Gelehrten- und Lehrlingsarbeiten, die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Gewährung von Unterstützungen an Lehrlinge, die Gründung von Lehrlingsvereinigungen und damit im Zusammenhang Herbeiführung einer durchgreifenden Neuordnung einer den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Entlohnung der Lehrlinge. — Vorge schlagen wird weiter eine planmäßige Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Die Unterbringung der Lehrlinge wird durch Schaffung besonderer Lehrlingsheime, in denen diese in günstigen Bedingungen Verpflegung und Unterkunft finden, erleichtert werden. Da die Aufgaben, die die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erfüllen soll, im allgemeinen sozialen Interesse und ganz besonders im Interesse unserer Volkswirtschaft liegen, ist es eine dringende Pflicht des Staates und der Kommunen, öffentliche Mittel in angemessener Höhe für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, damit bei der Dringlichkeit der Aufgaben überall in Deutschland an die Lösung dieser Frage mit aller Energie herangetreten werden kann. — Wenn der Hauptausführer des deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages ausdrücklich unter den gewerblichen Vereinen, die zur Regelung des Lehrlingswesens berufen sind, auch die Gewerkschaften genannt hätte, so wäre das nicht zum Schaden seiner Vorschläge gewesen. Denn ohne sie ist nun einmal eine durchgreifende Regelung dieser höchwichtigen Frage nicht zu denken, und sie werden ihr in den letzten Jahren größte Aufmerksamkeit zu wie aus den letztjährigen Sitzungen über die Konferenzen der Vertreter der Betriebsverbände und aus der Gewerkschaftspressen genügend herangezogen. Ueber wachen der Vorschläge des Hauptausführers würden sie mit ihm reden lassen.

### Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil in dem neuen Kaiserliche Getreidehändlerprozess. Die Strafkammer in Posen verurteilte den Kaufmann Roman Jiljencic wegen Betrugs gegen die Bezugsbanken über Beschlagnahme von Getreide und Futtermitteln und wegen übermäßiger Preissteigerung zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis und 255498 M. Geldstrafe. Sieben Monate werden auf die Unterhaltungszeit angerechnet. Gegen die Stellung einer Kaution von 100 000 M. wird die Unterhaltungszeit ausgesetzt. Der Klagenfallge Roman erhielt sechs Monate und eine Woche Gefängnis und 13690 M. Geldstrafe, wovon drei Monate und zwei Wochen verbüßt sind. Der Klagenfallge Pictroff erhielt fünf Monate Gefängnis und 13490 M. Geldstrafe, wovon ein Monat und 20 Tage verbüßt sind.

Zuchthausurteile wegen Brotkrasche. Im 29. Juni fanden in Striegau in Schlesien starke Ansammlungen von Frauen vor dem Landratsamte statt. Es sollen nach polizeilicher Schätzung 1000 Personen versammelt gewesen sein. Die Erregung war deshalb besonders groß, weil nicht nur Kartoffeln nicht zu haben waren, sondern zahlreiche Familien trotz ihrer Brotkrasche auf kein Brot erhalten konnten. Alle Verdrößungen von vorhergehenden Tagen hatten keinerlei Erfolg. Deshalb der plötzliche Entschluß vieler Hundert armer Steinarbeiterfrauen, dem Landrat die Dinge selbst vorzustellen. Im Landratsgebäude kam es zu erregten Auftritten, die noch schlimmer wurden, als der Landrat Militär herbeiholen ließ. Von draußen wurde mit Steinen geworfen und schließlich eine große Menge Beteiligten verhaftet. Die ersten acht Angeklagten, sieben Frauen und ein Mann, wurden in Schweidnitz abgeurteilt. Der Mann, Fabrikarbeiter Stehr, wurde als „Rädelsführer“ zu 1½ Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen eine Frau wurde auf ein Jahr neun Monate Gefängnis und gegen die anderen auf 9 bis 7 Monate Gefängnis erkannt. — Der Vorsitzende des Gerichts, ein Geheimrat Justizrat Heuser, sprach in seiner Urteilsbegründung von gewissen „Hintermännern“ und „gefährlichen Drahtziehern“ und machte allgemeine Andeutungen, die nur auf die Sozialdemokratie gemünzt sein konnten. Schließlich gab der Herr nach einem Bericht uneres Waldenburger Parteiblattes seiner Meinung dahin Ausdruck, daß diese Drahtzieher „gemeine Hunde“ seien. — Alles in allem ein sehr lehrreicher Justizfall. Brot schafft man zwar mit solchen Schreckensurteilen und solchen persönlichen, leidenschaftlichen Ausfällen nicht, aber Erbitterung erregt man damit. Und Erbitterung schafft bekanntlich das Gegenteil von Ruhe.

Die amerikanische Klassenjustiz wieder an der Arbeit? Wie „Magna Radio“ aus New York vom 11. Juli meldet, wurde die bekannte Anarchistin M. Goldman und ihr Mitthäter Berkman, wegen Verdrößung gegen die Regierung der Vereinigten Staaten zu zwei Jahren Gefängnis, 10 000 Dollar Geldstrafe und zur Deportation nach Verbüßung der Strafe verurteilt.

### Aus Nah und Fern.

Beislagnahme Schleichhandelsware. Beamte des Kriegswachamtes nahmen bei einer Nachprüfung der Berliner Bahnhöfe Schleichhandlern folgende Warenmengen ab: 27 Zentner Fleisch und Fleischwaren, 1800 Stück Eier, einen Zentner Aale, zwei Zentner Käse, zwei Zentner Erbsen, einen Zentner Honig, einen Zentner Kaffee, dreizehn Zentner Toilettenseife, einen halben Zentner Benzin.

Geheime Vorräte einer Gemüsehändlerin. Das Kriegswachamt in Berlin hat der Obst- und Gemüsehändlerin Wanda Weichardt in Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 6, auf Grund der bekannten Bundesratsverordnung den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs wegen Höchstpreisüberschreitung, Zurückhaltung von Waren und Verzögerung von Kunden unterjagt und das Geschäft geschlossen. Im Keller des Geschäfts der Händlerin wurden elf Körbe Kirichen vorgefunden, die sie nach ihrer eigenen Angabe an bevorzugte Kunden abgeben wollte. Im Schließzimmer fanden die Beamten ein ganzes Warenlager rationierter Lebensmittel, so etwa 1000 Pfund Zucker, 260 Pfund Mehl und Grütze, 50 Pfund weiße Bohnen, 20 Pfund Roggen und vier große Flaschen Speiseöl. Alle diese Waren gab die Weichardt nur an solche Kunden ab, die „bessere Preise“ anboten. Sie wird sich vor dem Staatsanwalt zu verantworten haben.

Beim Baden ertranken im Müggelsee Freibad bei Berlin der Musiker Josef und der Obermatrose Wedert.

Der Explosion auf der Jede „Auto“ bei Gelsenkirchen sind acht Bergleute zum Opfer gefallen. 13 wurden schwer und 6 leicht verundet.

Eine gemeine Bande. Aus Kaputh wird der „Täglichen Rundschau“, folgender faum glaublicher Vorfall berichtet: In Kaputh wurde am Sonntag eine strenge Obhutspflicht ausgeübt. Die Wurfäuser folgten jedoch bei der Obhutspflicht den Anordnungen nicht, sondern schütteten die Körbe voll Kirichen und Johannisbeeren vor den Augen der Beamten in die Havel. Anders Obft endete zortreten im Straßenjamm.

Die längste Fernspreitleitung der Welt. Die Fernspreitleitung Neunort-San Franzisko, die bisher als die längste direkte Leitung der Welt galt, ist seit kurzem von diesem Plaque verdrängt worden. In ihre Stelle trat die neue Linie Montreal-Wancouver, die jetzt als die längste direkte Fernspreitleitung zu bezeichnen ist. Wenigstens behauptet dies die amerikanische Presse, indem sie hinzufügt, daß die Leitung insgesamt 6763 Kilometer mißt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark, Druck Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

### Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 16. Juli bis 22. Juli 1917 wird Rindfleisch auszugeben. Keine Portion hat Anspruch auf Zuteilung von mehr als drei Vierteln der Wochenmenge. Der Rest kann in Wurst entnommen werden. Lübeck, den 12. Juli 1917. (1765)

### Das Polizeiamt.

### Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September werden die Geschäftsräume der unterzeichneten Anwälte

am Mittwoch und Sonnabend um 1 Uhr mittags, an den übrigen Werktagen um 5 Uhr nachmittags geschlossen. (1777)

Bienert; Hermann Brehmer & Dr. Paul Brehmer; Focke; Dres. Görtz, Muus, E. Brehmer I, Hinrichsen; Hach; Hässler; Dr. Hoffmann; Jacobsohn & Dr. Meyer; Dres. Kähler, Schön & Uter; Dr. Koch; Dr. Mandorpf; Dr. Priess; Dres. Schröder & Landau; Steinbömer; Dr. Weber; Weyrowitz; Dr. Wittern, Schorer, Dr. Munck.